3. JAHRGANG 1971 ERSCHEINT IN BERLIN 25.11.71 Nr.20

SOZIALPÄDAGOGISCHE KORRESPONDENZ

DER KINDERGÄRTNERINNEN - ERZIEHER -JUGENDPFLEGER UND SOZIALARBEITER IN PRAXIS UND AUSBILDUNG

UNKOSTENBEITRAG 1.– DM

VORSTUDIE ZUM SOZIALATLAS

EIN BEISPIEL DER SOZIALPLANUNG IN BERLIN

Der landläufig in Berlin bekannte "Sozial=atlas" ist nicht schon der Sozialatlas, sondern eine Vorstudie, die prüfen sollte, ob es möglich ist, in Berlin einen Sozial=atlas herzustellen.

Die Vorstudie wurde vom Senator für Familie, Jugend und Sport Berlin im Herbst 1970 in der Sozialverwaltung verteilt. Sie ist wegen der geringen Anzahl nicht allen Sozialarbei=tern bekannt. Wir halten es deshalb für wich=tig, über ihn zu informieren und auf die nicht konsequent durchgezogenen Vorüber=legungen hinzuweisen.

Nicht umsonst hat die Basis, die Sozialarbeiter der Jugendämter von Berlin, in einem Schreiben an den Senator für Familie, Jugend und Sport gegen die Ergebnisse protestiert, denn letzt=lich sollte aufgrund der Vorstudie der Per=sonalschlüssel verändert werden, obwohl dies kein erklärtes Ziel der Vorstudie ist. In=zwischen ist die Diskussion darüber verstummt. Ob die ganze Aktion genützt hat, bleibt ab=zuwarten.

Entstehung der Vorstudie

Die Diskussion um einen Sozialatlas dauert schon lange an. Sie wurde 1966 aktuell, nach-dem vom Senator für Inneres von Berlin ein Organisationsgutachten für die Jugend=hilfe erstellt worden war(am 27.8.63 in Auftrag gegeben)."Diese Untersuchung lehnte sich methodisch an entsprechende Grundsätze der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung an"(S.4 unten) D.h. es wurde versucht, den Alltag der Sozial=arbeit zu schematisieren, um ihn zu rationa=lisieren. Veränderungsvorschläge für die Verwaltungsarbeit innerhalb der Sozialarbeit und für den Personalbedarf waren das Ergeb=

INHALT:

4(3)

nis. Im Hinblick auf den Personalbedarf schlug das "Org 66" die Zahl der Einwohner als Maßstab für die erforderlichen Sozialarbeiter vor.

Das Org 66 löste bei den Sozialarbeitern eine lebhafte Diskussion und Kritik aus, denn das Ergebnis ging über Vorschläge wie

- die Doppelarbeit zwischen Gesundheitsamt und Jugendamt sollte durch vorherige Absprachen vermieden werden
- die Aktenführung sollte einer Verwaltungskraft übergeben werden

kaum hinaus.

Auch bei der Senatsverwaltung soll das Org eine intensive Diskussion ausgelöst haben, weshalb der Senator für Familie, Jugend und Sport eine sozialwissenschaftliche Untersuchung vorbereitete. Sie sollte "die grundlegenden Daten für die Planung, Verwirklichung und Beurteilung sozialer Maßnahmen, Einrichtungen und Dienste erbringen". (S.5 unten)

Ursprünglich war daran gedacht, die Strukturdaten geographisch zusammenzustellen und regelmäßig in einem "Sozialatlas" zu drucken. 1950 hatte es in Berlin einmal solche sozialgeographischen Karten gegeben.

1967 berief der Senator für Familie, Jugend und Sport eine Kommission (Stadträte: Klausdieter Friedrich und Ilse Reichel, Mitarbeiter der Senatsverwaltung Familie, Jugend und Sport Werner Hopmann, Arno Kosmale und Wolf Tuchel, Mitarbeiter der PH Berlin: Wolfgang Müller). Diese befürwortete eine Voruntersuchung zum Sozialatlas. Als Ziel wurde u.a. gesehen: es sollte festgestellt werden, ob eine Sammlung von Sozialdaten eingerichtet und regelmäßig gespeichert und mit weiteren Daten der Sozialstruktur in Beziehung gebracht werden kann. Am 1.8.1968 wurde der Auftrag zu einer Voruntersuchung dem Dokumentations- und Ausbildungszentrum für Theorie und Methode der Regionalforschung e.V. (DATUM) erteilt.

Im Juni 1970 wurde der "Sozialatlas Berlin, seine Möglichkeiten und Grenzen" fertig.

Planung

Die Herstellung eines Sozialatlas muß im Zusammenhang gesehen werden mit dem überall wachsenden Bedürfnis nach Planung. In letzter Zeit ist besonders aktuell das Bedürfnis nach Sozialplanung, als Sozialfürsorgeplanung, Sozialstrukturplanung (Sozialeinrichtungsplanung) und als Sozialverhaltensplanung.

Hierzu ein Zitat aus der Vorstudie: "Aktuelle Notstände, gesellschaftlicher "Wildwuchs", das Bestreben nach Verbesserung der bestehenden Verhältnisse motivieren die Sozialadministration, sich mehr oder weniger systematisch mit Planungsproblemen zu befassen. Dabei steckt häufig ein rein technisch - rationaler Ansatz in dem Wunsch nach Berechenbarkeit menschlichen Verhaltens. Systemrationalität soll durch wirkungsvolle Sozialtechnik ("social Engeneering") gesichert werden. Arbeitsuntersuchungen und Organisationsstudien sollen die zuständigen Verwaltungen in die Lage versetzen, die verfügbaren personellen und finanziellen Mittel effizienter einzusetzen, wobei Effizienz in der Regel an den Erwartungen gemessen wird, die "die Gesellschaft" an die jeweilige Verwaltung stellt." (S.4)

Das heißt also letztlich, die bürokratischen Ziele, durch die sich die Sozialarbeitspraxis auszeichnet, sollen gründlicher, wirksamer und schneller erreicht werden. Die Herausgeber der Studie sind sich darüber im klaren, daß diese systemimmanenten Ziele nicht ausreichen und fordern eine Zieldiskussion und eine kritische Analyse der Hindernisse, "die langfristigen Zielsetzungen im Wege stehen, angefangen von bestimmten Herrschaftsverhältnissen in einem Gemeinwesen bis hin zu sozialpsychologischen Faktoren der Veränderbarkeit und Konfliktfähigkeit von Menschen. Bei diesem Verfahren mag Sozialplanung vielleicht einiges an technischer Rationalität verlieren, sie wird aber einiges an emanzipatorischer Wirkung gewinnen." (S.4)

Im Verhältnis zu den sonst auf dem Bücher- und Zeitschriftenmarkt erhältlichen Planungsstrategien verspricht die Vorstudie viel. Sie scheint das einzubeziehen, was sonst ausgeklammert wird: die Grenzen jeder Neuorganisation! Sie liegen nicht in den Begrenzungen der Mentalität einzelner Menschen, sondern die Grenzen liegen in den Barrieren der Machtverteilung. Es fehlt die Möglichkeit, Einfluß bei einer Neuorganisation zu nehmen. Und das ist unabhängig von dem Wollen einiger Kapitalisten; denn die Grenzen sind bestimmt von der Bewegung des Kapitals hinter ihrem Rücken.

Hier die einzelnen Abschnitte :

Was ist ein sozialer Fall?

Ziel der Untersuchung sollte sein, zu prüfen, ob Sozialdaten gesammelt werden könnten. Dazu war vorgesehen, anhand einer Literaturanalyse herauszuarbeiten, was ein sogenannter "sozialer Fall" ist. Konkret untersuchten die Herausgeber die Frage, mit welchen Kategorien Autoren einen sozialen Fall beschreiben und welche Ursachen sie an der Entstehung eines sozialen Falles beteiligt sehen. Die Fachliteratur reichte von Bang, Achinger, Biestek, Bäuerle bis Kamphuis und Konopka etc, deshalb zogen die Autoren neuere soziologische und kriminologische Literatur hinzu.

Die Herausgeber wehren sich, einen sozialen Fall einfach operational zu definieren, d.h., daß dann ein sozialer Fall ein Fall sein soll, wenn er von einer Behörde aktenkundig gemacht wird. Kamphuis und Perlman definieren einen sozialen Fall noch als Fall eines Menschen "mit einem Problem, der zu einer sozialen Einrichtung kommt (oder den ein Mitarbeiter einer Einrichtung für Sozialarbeit besucht) und dort Hilfe erhält". (S.13)

Die Herausgeber führen Sack dagegen an, der "derartige Definitionen... wissenschaftlich als reine Fiktion" ansieht und weisen auf Untersuchungen hin, nach denen "unbescholtene Schüler und Studenten bei entsprechenden Erhebungsverfahren gleich viele oder mehr Straftaten angeben als gleichaltrige Jugendliche, die vor einem Jugendgericht gestanden haben." (S.14) "Wenn dies richtig ist -schreiben die Herausgeber - dann hat sich das Augenmerk von Soziologen und Kriminologen nicht mehr ausschließlich (wie bisher) auf jenen Personenkreis zu richten, der rechtskräftig verurteilt worden ist, sondern auch auf jene gesellschaftlichen Institutionen, welche den Selektionsprozeß eingeleitet haben." (S.14)

Nach weiterer Literaturheranziehung kommen sie zu dem Ergebnis, daß die Institutionen Tatsachen, Stigmata, Kliententum erzeugen. Demnach müßte es nicht mehr heißen: "Wer arm ist (bzw. den untersten Sozial-und Bildungsschichten der Gesellschaft angehört) wird eher straffällig", sondern "er wird eher bestraft." (S.15) Sie führen wieder F.Sack an, der schreibt: "1. Die Verteilungsmechanismen der negativen Eigenschaft 'Kriminalität' sind ebenso ein Produkt gesellschaftlicher Auseinandersetzungen[1] wie diejenigen, die die Verteilung der positiven Güter in einer Gesellschaft regeln...4. In diesem Sinne ist abweichendes Verhalten das, was andere als abweichend definieren. Es ist keine Eigenschaft oder ein Merkmal, das dem Verhalten als solchem zukommt, sondern das an das jeweilige Verhalten herangetragen wird." (S.15)

> Wir weisen in diesem Zusammenhang auf unseren Artikel "Sozialarbeit zwischen Bürokratie und Klient" hin, der sich näher mit den Bedingungen der Sozialarbeit, der Organisation der behördlichen Sozialarbeit, befaßt, hin. Wir haben nach einer Analyse der Organisation festgestellt, daß die Sozialbürokratie nicht so sehr eine Hilfe zur Selbsthilfe ist, sondern eher ein Alibi für den Sozialstaat mit Beschwichtigungsfunktion. Ein Nachdruck hiervon ist in der Zeitschrift 'Neue Praxis' Heft 1/1971 -Luchterhand-Verlag erschienen, ebenso im Rundbrief, 4/71. Außerdem ist es nützlich, unseren Artikel über die klassischen Methoden der Sozialarbeit - Casework in Heft 17 der SPK, 'soziale Gruppenarbeit' in Heft 19 der SPK - in diesem Zusammenhang zu lesen.

Im Hinblick auf die Sozialarbeiter, die Sozialarbeit nur als eine edukative Einrichtung empfinden, führen die Herausgeber Helge Peters an, der vertritt: "die Methode vom Diskriminativ-Punitiven habe sich zum Psychologisch-Edukativen gewandelt, aber das Ziel der Anpassung....sei geblieben." (S.16)

Die analysierte Fachliteratur bezeichnen die Herausgeber als "merkwürdig zurückhaltend" in Bezug auf die "neueren Erkenntnisse der Sozialwissenschaften", "in der Propagierung bestimmter goldener Regeln zur Aufnahme und Vertiefung zwischenmenschlicher Beziehungen hingegen ungewöhnlich ausführlich." (S.17)

---

1) Die Herausgeber weisen hierbei auf die profilierter vorgetragene marxistische Literatur zur 'Klassenjustiz" ebenso wie in psycho-analytischen Werken über den Charakter einer strafenden Gesellschaft, Paul REIWALD, die Gesellschaft und ihre Verbrecher (1948) und Wolfgang HOCHHEIMER, zur Psychologie von strafender Gesellschaft. In "Kritische Justiz," 1969 1, 27-49

Sie kommen zu dem Ergebnis:"Nur sehr selten werden konkrete Hinweise auf die notwendigen demographischen und sozialen Daten gegeben, welche möglicherweise einen Fall als sozia= len Fall definieren und sein Zustandekommen erklären könnten,nur am Rande werden soziale Probleme als Brechungen gesamtgesellschaft= licher Disparitäten in einzelnen Individuen dargestellt,an keiner Stelle werden die Bedin gungen genannt,welche eine dauerhafte Hilfe zur Selbsthilfe erst ermöglichen,geschwei= ge denn überflüssig machen können."(S.17)

Welche Daten beschreiben einen sozialen Fall ?

Es fiel den Herausgebern der Studie bei der Literaturanalyse schwer, die einzelnen Angaben der Fachautoren über einen Fall voneinander zu trennen. Die Autoren vermischten nämlich

- die angegebenen Symptome, die den Fall als Fall definieren,
- mit der Reflexion über die Ursachen oder über die Diagnose
- und mit der Methode, den didaktischen Ratschlägen, der Behandlung etc.

Die Herausgeber der Studie fanden bei sämt= lichen Autoren der Fachliteratur folgende Definitionen: Der soziale Fall ist "ein Zurückbleiben einer Person hinter einer als selbstverständlich angenommenen Norm" (S.18) Norm gilt für Sollvorschriften, Sitte,Brauchtum.Der größte Teil der Autoren bedient sich bei der Definition der Katego= rien: "1.Armut und materielle Not

2.Krankheit und Alter

3.Kriminalität,vor allem Jugendkrimir nalität

4.Verwahrlosung,speziell in der Unterschicht." (S.18)

Einige wenige beschreiben den Fall als "ein dem zeitgeschichtlichen Wandel unter= worfenes Phänomen" oder individuell als interpersonalen Konflikt oder mangelnde Rollenanpassung.(S.21)

Hiergegen zitieren die Herausgeber Klaus Mollenhauer,der die landläufigen Theorien kritisiert:"die Bedingungen für die Auffäl= ligkeit werden vorwiegend nur insofern ermittelt,als sie als Momente der indivi= duellen Biografie hervortreten." Und weiter schreiben die Herausgeber:"Die detaillierte Einsicht in familiäre Sozialisationspro= →

zesse erlauben allenfalls einen Erfolg im individuellen Fall.-Sie richtet aber nichts aus gegen die immer neue kollektive Reproduktion des Falles.-" (S.23)

DOKUMENT I

Sozialarbeiter der Familienfürsorge von Berlin

Dezember 1971

An den
Senator für Familie,
Jugend und Sport
Herrn Horst K o r b e r

1 B e r l i n 30
Am Karlsbad 8- 10

nachrichtlich
Herrn SenDir. Werner Müller

Betr.: Stellungnahme der Berliner Sozialarbeiter zur Voruntersuchung zum Sozialatlas Berlin

Sehr geehrter Herr Senator!

Wir wenden uns an Sie, da Sie als politisch verantwortlicher Senator für unsere fachlichen Belange zuständig sind. Seit Jahren fordern wir im Bereich der Familienfürsorge Verbesserungen, die sich aus dem Anspruch der Klienten auf partnerschaftliche Behandlung und qualifizierte Beratung ergeben. Ihre Verwaltung setzt sich für Fort-und Weiterbildung zur Erreichung dieser Zielvorstellung ein. Diesem Bemühen sollte u .E. die Voruntersuchung zum Sozialatlas Berlin gleichfalls dienen. Sie wird ihrer Aufgabenstellung, wie ihre Verfasser selbst bekennen, nur unzureichend gerecht, da nur wenige und keinesfalls ausreichend Daten zur Verfügung standen, die noch zudem einer wissenschaftlichen Kritik keineswegs standhalten. Vor allem konnten keine Konfliktdaten berücksichtigt werden. Wir forderdern daher, daß die jetzige Voruntersuchung um diese Komponenten notwendigerweise erweitert wird, da nur so ein verwertbares Ergebnis für unsere berufliche Praxis in bezug auf Personalbemessung und Organisationsform erbracht werden kann.

Wir unterstützen deshalb vorbehaltlos zunächst die Aussage:
" Die Forschungsgruppe verhehlt nicht ihre Ansicht, daß eine Erweiterung des Personalbestandes der Familienfürsorge notwendig ist. Dieser muß der Bevölkerungsentwicklung angepaßt werden, die unterschiedliche Sozialstruktur der Bezirke berücksichtigen und das Jugendamt in die Lage setzen, die Sozialarbeiter unabhängig von Fallzahlen in Schwerpunktgebieten einzusetzen, indem es generell einen größeren personellen und organisatorischen Entscheidungsspielraum erhält."

und die Ankündigung neuerer Untersuchungen. Solange diese Untersuchungen fehlen, erwarten wir die sofortige Vermehrung der in der Voruntersuchung zum Sozialatlas genannten Planstellen. Gleichzeitig verwahren wir uns jedoch nachdrüklich gegen die angedeuteten Personalverminderungen, da sie auf nur spärlichen sozialen Strukturdaten fußen.

In der täglichen Arbeit stellen wir eine Zunahme von Konflikten fest, wie z.B. Ehescheidungen, zunehmender Drogenmißbrauch bei Kindern und Jugend- →

lichen, Kindesmißhandlungen und Kindesvernachlässigungen, Alkoholmißbrauch, Autoritätskonflikte innerhalb der Familie. Es erscheint uns deshalb mehr als eine grobe Vernachlässigung, diese Faktoren völlig unter den Tisch fallen zu lassen. Wir fragen, wie ein schon lange von Sachverständigen geforderter Fortschritt in Richtung methodischer Sozialarbeit verwirklicht werden soll, wenn Grundvoraussetzungen der Sozialarbeit nicht berücksichtigt worden sind.

Die Sozialarbeiter Berlins erwarten von Ihnen, Herr Senator, daß Sie den zu erwartenden katastrophalen Rückschritt in der Sozialarbeit der Familienfürsorge in den Bezirken verhindern, der durch die Verminderung der Stellen in zwei Bezirken um ein Drittel und weiterer Dezimierung in drei anderen Bezirken entstehen würde, was einer Demontage der Sozialarbeit gleichkommt.

In der breiten Öffentlichkeit setzt sich immer mehr die Meinung durch, daß den vermehrten Konflikten, die in unserer Gesellschaft auftraten - unruhige Jugend, drohender Zerfall der Familie, Krise der Heimsituation - nicht mit administrativen Maßnahmen begegnet werden kann. Eine demokratische Gesellschaft kann diesen Problemen wirksam nur durch vermehrte Beratungs- und Behandlungsangebote begegnen, wenn sie sich nicht selbst in Frage stellen will. Die jetzt in unserem Arbeitsbereich mühsam eingeleitete Entwicklung zur partnerschaftlichen Beratungs- und Betreuungstätigkeit würde völlig zerschlagen werden, falls die in der Voruntersuchung zum Sozialatlas gennanten Bezirke diese Minderung ihres Personalbestandes erfahren müßten.

Sehr geehrter Herr Senator Korber, zusammenfassend erwarten wir in folgenden Punkten Ihre Unterstützung:

1. Unverzügliche Fortführung der vorliegenden Untersuchung mit überzeugenden Strukturdaten unter Berücksichtigung der jetzt fehlenden Konfliktdaten.
2. Als Sofortmaßnahme in der Übergangsphase bis zur Erstellung der neuen exakten Untersuchung Personalvermehrung in den Bezirken Reinickendorf, Spandau, Tempelhof , Neukölln, Steglitz.
3. Belassen des Personalbestandes ohne Kw-Vermerk in den negativ betroffenen Bezirken Charlottenburg, Wilmersdorf, Kreuzberg, Schöneberg, Tiergarten, da bei der feststellbaren Fluktuation in der Familienfürsorge diese Stellen innerhalb eines Jahres tatsächlich in Fortfall kämen.

Unser Schreiben an Sie ist Ausdruck außerordentlicher Beunruhigung!

Sehr geehrter Herr Senator, wir wünschen Ihnen bei den Verhandlungen mit dem Innensenator viel Erfolg und hoffen, daß Sie sich mit unseren berechtigten Argumenten durchsetzen können.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Erläuterung :Kw-Vermerk heißt auf deutsch: künftig wegfallend

Welche Zusammenhänge erklären einen sozialen Fall ?

Zu dieser Frage gibt es nach den Herausgeber der Studie sehr unterschiedliche Antworten bei den einzelnen Autoren. Es gibt den psychoanalytischen Ansatz, vor allem auch bei den Caseworkern, den sozialpädagogischen und den soziologischen u.a. Einige Autoren gehen von gesamtgesellschaftlichen Ursachen aus, so wie Sack und Mollenhauer. Sie meinen, "daß Dissozialität (Kriminalität) durch die Verweigerung von Chancen durch eine Gruppe von Privilegierten gegenüber einer Gruppe von Unterprivilegierten entsteht und notwendig entstehen muß."(S.3 (S.25) Es müßten die Institution und deren ausführende Personen in ihrer Arbeit untersucht werden, da sie Fälle zu sozialen Fällen machen, indem sie ihnen Dissozialität zuschreiben.

Ergebnis

Die Herausgeber wollen der Entscheidung über die Ursachen nicht vorgreifen, sondern führen alle Datengruppen systematisch auf, z.B. Individualdaten wie Geschlecht, Konfession, Einkommen, Normenbewußtsein, Vertrauen, Abstraktionsniveau neben Familiendaten wie Familiengröße , -erziehungsstil, -einkommen, Arbeitslosigkeit, Zugehörigkeit zu relevanten Organisationen, politisches Bewußtsein, Freundeskreis und ökologische Daten wie Geburtenüberschuß, Rate der Verheirateten, der Erwerbstätigen, Hauseigentümer, Wohndichte, Bauzustand, um nur einige zum Verständnis zu nennen.

Es ist unverständlich, warum die Herausgeber der Studie es sich so leicht machten, nur die Daten zusammenzustellen. Scheuten sie eine Entscheidung ? Und warum ?
Nach dieser Studie müßte jetzt die Erforschung der Ursachen intensiv beginnen. bis zu einem Ergebnis muß jede bis heute entwickelte Hilfsmethode der Sozialarbeit angezweifelt werden in Bezug auf die Wirkung der Ziele und die Richtigkeit.

Speicherung von sozialen Strukturdaten

Es war in der Studie beabsichtigt, die Fundorte in Berlin zusammenzustellen, an denen Daten heute bereits gesammelt werden. Sie könnten dann ebenfalls Grundlage für die Datenbank und den Sozialatlas werden.

Die Herausgeber fanden auf der Suche nach vorhandenen Daten aber heraus, daß die statistischen Erhebungen in der Sozialarbeit vielfältig, unvollständig und nicht zielorientiert sind. Sie mußten zu dem Eindruck gelangen, "daß die Statistik als Institution für die Beschreibung eines konkreten Sachverhalts im Bereich der Sozialarbeit eher von verschleiernder als von erleuchtender Bedeutung ist." Sie sei primär interessiert "an der Verwaltung von Menschen und Sachen." Dieses Bild entspricht dem Anachronismus einer Sozialarbeit, "die über wichtige Informationen, die den gesellschaftlichen Zusammenhang ihrer Arbeit betreffen, nicht verfügt, und von daher schon auf eine am 'Einzelnen' orientierte Caritas festgelegt ist." (S. 70)

Sämtliche jetzt vorhandenen statistischen Informationen werden nicht ausreichen, Delinquenz und Anomie zu erklären. Die objektive Funktion der Sozialarbeit, gesellschaftliche Außenseiter zu isolieren und für deren Wohlverhalten zu garantieren, bliebe unangetastet genauso wie ihr Beitrag, bestimmte Bevölkerungsschichten zu reproduzieren.

Konfliktdaten in den Akten

Die Herausgeber untersuchten auch Fürsorgeakten nach Daten. Sie wählten von den Berliner Bezirken Reinickendorf und Steglitz aus. Da beide Bezirke sich in der Höhe der fehlenden Daten kaum unterscheiden, kann man das Ergebnis dieser sehr unterschiedlichen Bezirke auch auf andere übertragen.

In 155 Akten der beiden Bezirke fehlten die folgenden Daten:

"Zugehörigkeit zu gesellschaftl. Organisationen	100 %
Heizung (warm/kalt)	94 %
Qualifikation der Erwachsenen	93 %
Nettoeinkommen der Erwachsenen	74 %
Miete	59 %
Haushaltsenkommen pro Kopf	56 %
Konfession der Erwachsenen	51 %
Haus-und Wohnungstyp	43 %
Qualifikation und Beschäftigungsart	42 %
Konfession der Kinder	34 %
Zimmerzahl	27 %
Schichtenzugehörigkeit	24 %
Familientyp	17 %
Wohnung der Erwachsenen	15 %
Familienstand der Erwachsenen	14 %
Wohnung der Kinder	7 %
Status der Kinder	1 %
Familienstand der Kinder	1 %
Dauer der Aktenführung	1 %"

Hiernach fragen die Herausgeber der Studie, warum bestimmte Dinge nur aktenkundig gemacht werden, andere überhapt nicht auftauchen. Liegt es evtl. am geringen Soziologieunterricht oder am einseitig individualpsychologisch unterbauten Methodenunterricht ?

An der Datendichte ist erkennbar, wo Schwerpunkte in der Arbeit gesehen werden. Z.B. fehlen kaum Angaben über den legalen Status der Kinder, während ihre materielle Umgebung, in der sie aufwachsen und durch die sie in ihrer Entwicklung beeinflußt werden, im Verhältnis wenig bekannt ist, wie auch über den Wohnungstyp und die Qualifikation der Erwachsenen.

Eine weitere Aufgabe war, die Fallbearbeitung zu analysieren, um mögliche Gesetzmäßigkeiten herauszufinden, z.B. auch, ob in den Akten etwas darüber stand, daß ein Klient emanzipiert wurde oder gesellschaftliche Tüchtigkeit gefördert werden konnte. Die Daten der Akten lieferten für diese Fragen jedoch nicht genug Daten, so daß die Herausgeber sich darauf beschränkten, die Bearbeitung von Fällen, wie sie sich in den Akten widerspiegelt, nach folgenden 3 Stichpunkten (Bearbeitungsschritten) zu ordnen und zu unterscheiden. Nach der Auszählung konnte man dann feststellen, welche Schritte wie oft getan wurden.

- 1. Sammlung von sämtlichen möglichen Informationen
- 2. allgemeine Art der Verarbeitung der Informationen (Beratung, Berichte etc)
- 3. Interventionsschritte (jede Handlung, die eine Veränderung beim Klienten hervorruft (method. Hilfe, materielle Hilfe, Heimunterbringung etc.)

In beiden untersuchten Bezirken war das Ergebnis ähnlich. So waren in Reinickendorf z.B. Informationssammlung 63 Schritte
Informationsverarbeitung 37 Schritte,
davon " weitergabe 32 "
und Intervention 5 "

In der Akte steht also noch viel zu wenig von Diagnose und Therapie. Sie enthält mehr Angaben, die dem Sozialarbeiter als Absicherung dienen oder als Nachweis bestimmter Leistungen.

Die Autoren der Studie warnen aber davor zu glauben, daß vollständige Angaben die Fälle erklären und sie schon lösen. Sie weisen auf die Gesetze der sozialen Wahrnehmung hin, nämlich, daß Sozialarbeiter nur ganz bestimmte Lebensbereiche der Klienten kennenlernen und die vielen Zusammenhänge nicht mit einbeziehen können.

Sie schlagen deshalb vor, ein völlig neues Anamneseinstrument zu entwickeln.
In diesem Zusammenhang möchten wir davor warnen, solche Gedanken einfach zu übernehmen. Bei einem solchen Vorschlag muß gleichzeitig darüber nachgedacht werden, ob es vor den Klienten verantwortet werden kann, ihre Daten zu sammeln. Muß man sie nicht vorher um ihre Einwilligung bitten? Wer garantiert denn dafür, daß die Daten nicht von unbefugten oder befugten Leuten dazu benutzt werden, bestimmte Bevölkerungskreise unter Druck zu setzen ? Mit anderen Worten; bevor Daten gesammelt werden dürfen, muß die Zielsetzung klar sein und es muß gesichert sein, daß die Handhabung kontrolliert wird.

Bezirkliche Strukturdaten und Personalbedarf

Die Vorstudie befaßt sich in einem weiteren Abschnitt mit den bezirklichen Strukturen von Berlin und schlägt im einzelnen vor, bezirkliche Strukturdaten als Grundlage für eine variable Organisation der Familienfürsorge zu benutzen. Um erklärende Daten zu erhalten, die Ausgangspunkt für die Hilfen wären, müßten neben Konfliktdaten auch die dazugehörigen Strukturdaten erfaßt werden. S.60
Die Herausgeber sehen als Ansatzpunkt kritischer Sozialarbeit die Erziehungs - und Lebenssituation des Kindes an. Danach ihr Vorschlag: Die Personalbemessung sollte nicht mehr bestimmt sein durch die Fallzahl von 200 auf 1 Sozialarbeiter, sondern durch
"- die Zahl der in einem Bezirk lebenden Minderjährigen
-- die volle Wirksamkeit der sozialstrukturellen Unterschiede der Westberliner Bezirke." (S.78)
In drei Tabellen stellten die Herausgeber die Berechnung für den Personalbedarf auf, je nachdem ob man die Minderjährigen allein als Richtzahl nimmt oder sozialstrukturelle Unterschiede mit einbezieht.

Für die sozialstrukturelle Differenzierung der einzelnen Berliner Bezirke wurden von den 20 Experten die folgenden 6 Kategorien als ausreichend angesehen:

1. Nichteheliche Kinder
2. Im 1. Lebensjahre Gestorbene
3. Arbeiter in der Industrie
4. Schüler an weiterführden Schulen
5. Wohndichte
6. CDU-Wähler (s. 73)

Aus der abgebildeten Tabelle ist ersichtlich, daß für ganz Berlin 31 Stellen für Sozialarbeiter neu einzurichten sind. 2)

Bezirk	Minderjährige Einwohner (31.12.1968)	sozial-strukturelle Rangzahlen	Richtzahl bei einem Mittelwert von 1:1400	fürs. 1966 Ist allg.	Bez. Richtzahl 1400	Stellen (Org-Gutachten ohn.Fakt.
Tiergarten	19.129	5.3	1280	15	15	14
Wedding	37.366	3.5	1100	31	34	27
Kreuzberg	34.599	2.5	1000	36	35	24
Charlottenbg	37.800	7.4	1490	35	25	30
Spandau	48.076	5.2	1270	23	38	26
Wilmersdorf	27.525	10.1	1760	23	16	22
Zehlendorf	20.826	11.3	1880	11	11	13
Schöneberg	33.354	5.8	1330	27	25	25
Steglitz	40.218	8.1	1560	23	26	25
Tempelhof	35.161	6.8	1430	15	25	21
Neukölln	58.464	3.6	1110	45	53	37
Reinickendf	51.498	5.7	1320	27	39	29
Westberlin	444.016			311	342	293
=					+31	-18

Die Herausgeber betonen, daß eine Erweiterung des Personalbestands der Familienfürsorge notwendig ist. "Dieser muß der Bevölkerungsentwicklung angepaßt werden, die unterschiedliche Sozialstruktur der Bezirke berücksichtigen und das Jugendamt in die Lage setzen,
,die Sozialarbeiter unabhängig von Fallzahlen in Schwerpunktgebieten einzusetzen, indem es generell einen größeren personellen und organisatorischen Entscheidungsspielraum erhält."(S.80)

Ergebnis und Vorschlag

Die Herausgeber kommen zu dem Schluß: die Untersuchung zur Erstellung des Sozialatlas konnte nicht durchgeführt werden, da die vorhandenen Daten nicht ausreichen und noch ergänzt werden müßten.
Für die Verbesserung der Sozialarbeit schlagen sie einzelne Untersuchungen vor

- eine wissenschaftliche begleitende Untersuchung der Neuorganisation der Bezirksfürsorge
- Entwicklung und Erprobung eines Anamneseinstruments
- Fortsetzung der Strukturanalyse, eine zu errichtende Planungsabteilung.

---

2) vgl. auch "Verfehlte Planung" SPK Nr. 19

Abschließende Kritik

Die Vorstudie hat bisher das konkreteste und differenzierteste Material über soziale Fälle zusammengetragen. Sie kam nach ihren Anfangsüberlegungen und nach den Ergebnissen der Analyse von sozialen Fällen zu dem Schluß, daß die Ursache und das Ziel von sozialen Fällen und damit von Sozialarbeit nicht geklärt sind.
Sie macht auch darauf aufmerksam, daß zur Sozialplanung eine Zieldiskussion und eine Analyse der Hindernisse, die diesen Zielen im Wege stehen, gehört. Umso befremdlicher ist es, wenn am Schluß der Studie über diese Erkenntnis völlig hinweggegangen wird und wiederum Planungsuntersuchungen vorgeschlagen werden.

Ebenso ist unverständlich, warum eine Vorstudie ausführlich auf die Errechnung eines Personalschlüssels eingeht. Denn das Ziel der Vorstudie war, die Frage zu beantworten, ob es sich realisieren läßt, eine Datenbank für den Sozialatlas einzurichten. Auch die Personalbedarfsberechnung läßt die Kritik an der mangelnden Zieldiskussion außer acht.

Der hohe Anspruch, den die Herausgeber der Studie am Anfang vorgeben und der auch immer mal wieder auftaucht, wurde nicht verbindlich bis zum Schluß der Studie verfolgt.

Man muß fast den Eindruck haben, als wurde hier des Geldes wegen ein Auftrag angenommen, dessen Ergebnis grob bereits feststand: Beweis eines höheren Personalbedarfs. Es könnte auch sein, daß die Schreiber unter dem Druck einer Situation standen, in der sie sich sagten, daß es besser sei als Fachleute die Studie zu schreiben, als daß es fachfremde Bürokraten tun.

Wenigstens für die Zukunft sollte vermieden werden, daß solche Vorstudien letztlich verbindlich für die Sozialbürokratie werwerden. Vorhandene Informationskanäle sind nicht ausreichend genutzt worden.

Inzwischen ist von der Diskussion um den Sozialatlas lediglich der Personalschlüssel übrig geblieben. Aber was nützen nun 31 neue Sozialarbeiterstellen der gesamten Sozialarbeit?

Entsprechend der bisher nicht durchgeführten Analyse der Sozialarbeit, dem jetzigen Trend der Sozialarbeiterausbildung und der Praxis wird diese kleine Entlastung nur zur Folge haben, daß die Sozialarbeiter sich wieder auf die pseudowissenschaftlichen Methoden der Sozialarbeit stürzen. Die heutige Tätigkeit wird von den Sozialarbeitern weiter perfektioniert, womit sie unwissentlich dazu beitragen, das jetzige System zu unterstützen, das dazu beiträgt, Klienten ständig neu zu reproduzieren.

Die Vorstudie zeigt den Sozialarbeitern ähnlich wie die "Modellbewegung", der Neuorganisation, daß die Arbeit, wie sie sich in den Akten niederschlägt, ohne Kriterien von Ziel und Erfolg getan wird. Sie hilft ihnen aber nicht, von diesem Dilemma wegzukommen, sondern gibt ihnen nur mehr Spielraum zum "weiterwurschteln".
Wir fordern vor einer Sozialplanung die Klärung der Situation und halten folgende Untersuchungen vorrangig für notwendig:

1. Wie entsteht ein sozialer Fall? Analyse der gesamtgesellschaftlichen Situation.
2. In welcher Art und Weise und wie häufig stigmatisieren Institutionen Menschen zu "Klienten"?
3. Was heißt inhaltlich eine "emanzipierende" Sozialarbeit, welche Bedingungen müssen zur Erfüllung dieses Ziels vorhanden sein ?

OFFENER BRIEF

Pädagogische Hochschule Berlin
Abteilung 1 (Erziehungswissenschaft)
Sozialpädagogik

An die
Senatsverwaltung für Familie
Jugend und Sport
- II B -
1 Berlin 30
Am Karlsbad 8-10

Berlin, den 18. November 1971

Sehr geehrter Herr Gaedig,

Wir bestätigen dankend den Empfang Ihres Schreibens vom 21.10. d.J., in dem Sie uns mitteilen, dass die Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport daran denkt, aus den Anregungen der Forschungsgruppe, die die Voruntersuchung zum Sozialatlas Berlin durchgeführt hat, zunächst die Entwicklung und Erprobung eines Anamnese-Instrumentes für die Sozialarbeit in Angriff zu nehmen. Gestatten Sie uns, die Gelegenheit zu nutzen und noch einmal unsere Position im Hinblick auf ein solches Anamnese-Instrument zu verdeutlichen.

Wir halten es für wichtig, dass jeder Berliner Sozialarbeiter in die Lage versetzt wird, die zur Einschätzung eines jeden Falles bedeutsamen Grunddaten individueller, familialer und sozialer Natur gleichmässig zu sammeln und bei der sozialen Diagnose des einzelnen Falles zu be-

rücksichtigen. Dabei soll ihm das Anamnese-Instrument - das man auch als eine Art Gedächtnisstütze bezeichnen kann - helfen. Wir denken dabei nicht daran, den Psychologen Konkurrenz zu machen und mithilfe von Tests delikate innerpsychische oder sozialpsychische Tatsachen zu erheben. Uns kommt es vielmehr darauf an, vor allem das Augenmerk der Sozialarbeiter auf soziale, oder besser gesellschaftliche Tatbestände zu lenken, die den 'sozialen Fall' gerade nicht als einen unwiederholbaren Einzelfall ausweisen, sondern als Teil einer allgemeineren gesellschaftlichen Problematik.
Von besonderer Bedeutung ist uns das Anamnese-Instrument vor allem in Verbindung mit den von uns ebenfalls vorgeschlagenen Trainingsprogrammen bei der Einführung des zu entwickelnden Instrumentes. Wir haben seinerzeit formuliert, dass in derartigen Trainingsseminaren für alle Berliner Sozialarbeiter recht exakte Schlussfolgerungen für den Nachholbedarf an theoretischem Rüstzeug gewonnen werden könnte. "Mindestens würde einiges in den Ämtern in Bewegung gesetzt werden, was der Weiterentwicklung der Sozialarbeit dienen würde" (S.55).

Uns ist in vielerlei Gesprächen mit Gruppen von Sozialarbeitern verschiedener Verwaltungsbezirke aufgefallen, dass die insgesamt ca. 100 Seiten unseres Vorberichtes zum Sozialatlas Berlin sehr unterschiedlich diskutiert worden sind. Breiten Raum in dieser Diskussion hat der letzte Teil unseres Gutachtens eingenommen, in dem wir auf Grund sozialer Strukturdaten zu einer bestimmten Gewichtung der Notwendigkeit intensiver Sozialarbeit in den zwölf Westberliner Verwaltungsbezirken gekommen sind. Mit diesem 'Zahlenspiel' wollten wir zunächst den politisch für Sozialarbeit Verantwortlichen in dieser Stadt ein Instrument liefern, mit dem man besser als mit dem Instrument des Organisationsgutachtens in unserer Stadt personelle Prioritäten setzen kann. Wir sind dabei nicht von Einwohnerrichtzahlen (ein Sozialarbeiter auf x Westberliner Bürger) ausgegangen, sondern von Minderjährigen-Richtzahlen (ein Sozialarbeiter auf x Westberliner Minderjährige), wobei je nach der sozialen Struktur des einzelnen Bezirks von dieser durchschnittlichen Richtzahl nach oben (bei bürgerlichen) und nach unten (bei proletarischen) Bezirken abgewichen werden soll.

Wir müssen dabei selbstkritisch feststellen, dass wir der sozialen Phantasie der Leser unseres Gutachtens insofern Fesseln angelegt haben, als wir die Beispiele zur Verdeutlichung unserer Bemessens-Formel so gewählt haben, dass gegenüber dem personellen Ist aller Westberliner Bezirke ein Soll von +4, +16 oder +31 Sozialarbeiter-Planstellen herauskommt. Diese Tabellen (S.84) mögen mancherorts den Eindruck erweckt haben, als sei dies das Maximum dessen, was 'wissenschaftlich verantwortet werden könne'. Dies ist natürlich Unsinn.
Wir haben anverschiedenen Stellen des Gutachtens betont, dass die Personalbedarfsbestimmung für die Familienfürsorge eine politische Frage ist, die politisch entschieden werden muss. Ist diese Entscheidung gefallen, so ist die Umsetzung dieser Entscheidung in Schlussfolgerungen für die Erweiterung der Planstellen aller in einem Bezirk tätigen Sozialarbeiter dann in der Tat eine eingekleidete mathematische Aufgabe. Die Zahl der Minderjährigen in einem Bezirk, geteilt durch die entsprechende Richtzahl ergibt den Planstellenbedarf für den einzelnen Bezirk.

In unserem Gutachten sind wir alternativ von 1400, 1450 und 1500 Minderjährigen pro Sozialarbeiter ausgegangen. Ob man dies tut, oder ob man beispielsweise von 1200, 100 und 800 Minderjährigen pro Sozialarbeiter ausgeht, ist - wir wiederholen es - eine politische Entscheidung.

Um so die auf S.84 unseres Gutachtens in unsere Formel eingesetzten Zahlenbeispiele zu erweitern, möchten wir Ihnen einige zusätzliche Orientierungsrichtzahlen nennen, die sich aus einem Verhältnis von 1200, 100 und 800 Minderjährigen pro Sozialarbeiter ergeben. Dabei kommt dann ein entsprechender Mehrbedarf von 93, 189 und 335 Stellen heraus.
Dass grundsätzlich eine Erweiterung des Personalbestandes der Familienfürsorge von unserer Forschungsgruppe für notwendig gehalten wird, haben wir am Schluss unseres Gutachtens (S.80) ausgesprochen. Wir möchten Ihren Brief zum Anlass nehmen, dies noch einmal zu wiederholen. Sozialarbeiter sind nun mal damit beauftragt, die Strukturprobleme eines noch keineswegs befriedigend sozialen Rechtsstaates durch individuelle Unterstützungsmassnahmen zu therapieren. Man sollte ihnen diese ihre, nicht immer sehr befriedigende Arbeit erleichtern, wo immer dies möglich ist.
Da wir annehmen, dass dieser unser Standpunkt von Interesse für die Westberliner Sozialarbeiter ist, erlauben wir uns, Durchschläge dieses Briefes den regionalen Fachzeitschriften Berliner Sozialarbeiter zum Abdruck zur Verfügung zu stellen.
Mit kollegialem Gruss
Ihre
Helmuth Lessing, Wolfgang C.Müller, Armin Tschoepe

Anlage

Je nach der Entscheidung für eine einheitliche Richtzahl (ein Sozialarbeiter auf x Minderjährige) ergeben sich für die einzelnen Bezirke Westberlins unterschiedliche Konsequenzen für den Personalbedarf an Sozialarbeitern. Dazu einige ausgewählte Beispiele:

Bezirkliche Modifizierung d.Richtzahl Personalbedarf	durchschnittliche Richtzahl 1:800	1:1000	1:1200	1:1400
Tiergarten	680	880	1080	1280
Stellen	28	22	18	15
Wedding	500	700	900	1100
Stellen	75	53	41	34
Kreuzberg	400	600	800	1000
Stellen	86	58	43	35
Charlottenburg	890	1090	1290	1490
Stellen	42	35	29	25
Spandau	670	870	1070	1270
Stellen	72	55	45	38
Wilmersdorf	1160	1360	1560	1760
stellen	24	20	18	16
Zehlendorf	1280	1480	1680	1880
Stellen	16	14	12	11
Schöneberg	730	930	1130	1330
Stellen	46	36	29	25
Steglitz	960	1160	1360	1560
Stellen	36	35	30	26
Tempelhof	830	1030	1230	1430
Stellen	36	34	29	25
Neukölln	510	710	910	1110
Stellen	114	82	64	53
Reinickendorf	720	920	1120	1320
Stellen	71	56	46	39
Westberlin(insg.)	646	550	404	342
zusätzlicher Personalbedarf	+335	+189	+93	+31

GESCHICHTE DES AKS (III)

I. Teilnahme des AKS an institutionellen Veranstaltungen

1. Fürsorgetag Essen, 13. - 15.11.69

Die Teilnahme von AKS-Mitgliedern u. Vertretern anderer kritischer Gruppen diente dem damaligen Selbstverständnis entsprechend dazu, "der Auseinandersetzung am Arbeitsplatz eine stärkere Position zu verschaffen." (SPK Nr.6, Dez. 69, S.2)
Die Vorbereitung innerhalb des AKS, die hauptsächlich von der Bürokratiegruppe geleistet wurde, lief unter der Zielsetzung, innerhalb des Fürsorgetages die Ursachen für die Misere der Sozialarbeit zu verdeutlichen und Kontakte zu den in Westdeutschland arbeitenden Gruppen zu knüpfen.
Wir gingen von der Einschätzung aus, aufgrund der in Essen anzutreffenden Mehrheitsverhältnisse, die Ausdruck des Bewusstseinsstandes der Mehrheit der Teilnehmer sind, lediglich einen Beitrag hinsichtlich der Gestaltung der Veranstaltung leisten zu können. Dies hiess konkret, den üblicherweise zeremoniellen Grossveranstaltungscharakter mit mehr oder weniger undurchsichtigen Referaten, wenigstens partiell aufzuheben und durch die inhaltliche Diskussion mit konkreten Forderungen an die Sozialbürokratie zu ersetzen.

Unter den vorgegebenen Bedingungen, Aufteilung der Tagungsteilnehmer in Arbeitsgruppen bis zu 600 Personen und unter Berücksichtigung der Erwartenshaltung der Mehrzahl der Anwesenden, konnte dies nur gelingen, wenn die inhaltlichen Forderungen und das taktische Vorgehen der Kritiker vorher ausdiskutiert waren und während der Tagung permanent überprüft und wieder vereinheitlicht werden konnte.

Deshalb trafen sich die AKS-Mitglieder mit den anderen kritischen Teilnehmern vor Veranstaltungsbeginn in einer nahe gelegenen Schule, um über die bereits aus Berlin mitgebrachten 12 Forderungen (s.Dokument 1) zu beraten. Die parallele Diskussion hinsichtlich des jeweiligen Vorgehens wurde während der gesamten Tagung geführt. Den 40 bis 50 kritischen Sozialarbeitern der Arbeitsgruppe "Entwicklungstendenzen in den Berufen der Sozialarbeit u. Sozialpädagogik" gelang es gemeinsam mit etwa 200 für die Argumentation Aufgeschlossenen, die Forderungen zu verabschieden, die später dem Plenum vorgelegt wurden. In der Arbeitsgruppe mussten wir die Anwesenden jedoch erst einmal von der Unsinnigkeit der geplanten, zusammenhangslos aneinandergereihten Referate überzeugen. Diese Auseinandersetzung machte deutlich, dass es durch solidarisches Handeln möglich ist, die Funktionäre der Sozialarbeit zu zwingen, eine adäquate Behandlung der eigentlichen Probleme in einer solchen Veranstaltung zuzulassen.
Erstmalig in solchem Rahmen erzwungen, hatte unser Vorgehen beispielhaften Charakter und führte dazu, dass gössere Gruppen von Tagungsteilnehmern ihre Gruppe verliessen, um zu uns in die Arbeitsgruppe 11 zu kommen.
In Essen wurde die SPK erstmals einem grösseren Kreis westdeutscher Sozialarbeiter bekannt.
Sie erkannten, dass es sich bei unserer Zeitung um eine basisbezogene, kritische Informationsquelle handelt, die sich qualitativ von den bis dahin existierenden, Ursachen verschleiernden 'Fachblättern', von den Funktionären herausgegeben, unterscheidet und ansatzweise die Vereinzelung aufhebt. Dieser Erkenntnis entsprechend nahm die Zahl der Bestellungen der SPK nach dem Fürsorgetag in Essen sprunghaft zu.

---

2. Jugendhilfetag Nürnberg

Vom 10. - 13.5.70 fand in Nürnberg der 4. Deutsche Jugendhilfetag statt, über den inzwischen zahlreiche ausführliche Dokumentationen erschienen sind, unter anderem auch in der SPK. (In Nr. 9/10 ein Bericht der Aktionsgruppe Jugendhilfetag und deren vorbereitende Vorstellungen, in Nr. 11 eine ausführliche inhaltliche Dokumentation - beide Nummern sind noch begrenzt erhältlich.)
Diese Veranstaltung, die nebenbei bemerkt die bisher letzte dieser Art war, war die einzige Großveranstaltung im sozialen Bereich, bei der es einer sozialistischen Gruppe gelang, mit ihren Vorstellungen die inhaltliche Diskussion in einer derart großen Versammlung zu beeinflussen. Den Funktionären gelang es nicht mehr, die Gegensätze, die in diesem Bereich herrschen, zu kaschieren, sondern sie traten öffentlich zutage. Die "Ruhe und Ordnung" konnte bis zum Schluß nicht wieder hergestellt werden. Die Ursachen dieses "Erfolgs" sind in verschiedenen Tatsachen zu sehen, die hier nur als Fakten dargestellt werden sollen:
1. Vorbereitung: sowohl das Sozialistische Büro Offenbach als auch der AKS Berlin hatten einige Wochen vorher mit der inhaltlichen Vorbereitung und einer Informationskampagne begonnen.
2. Die Organisierung in Nürnberg klappte einerseits wegen der Vorbereitung der Nürnberger Genossen (Organisierung von Schlafmöglichkeiten) und andererseits wegen der gemeinsamen Forderung, kein Tagungsgeld zu bezahlen. Sämtliche kritische Sozial-

DOKUMENT I

1. Regelmäßige und umfassende Information der Mitarbeiter über pädagogische, gesellschaftspolitische und verwaltungsinterne Voraussetzungen der sozialen Arbeit (in den Arbeitsbesprechungen).
2. Beteiligung der Sozialarbeiter an der Ausarbeitung von Verwaltungsvorschriften (d.h., daß Eingaben und Stellungnahmen vor der endgültigen Formulierung ermöglicht werden).
3. Kontinuierliche Gespräche zwischen Verwaltungsfachleuten und Sozialarbeitern zur gegenseitigen Information und zum Abbau von Vorurteilen.
4. Partnerschaftliche Arbeit mit den Klienten (Klient nicht als Objekt; Emanzipation statt Anpassung; Anleitung zum aktiven Mitgestalten eines sozialen Handelns).
5. Entscheidung der Fachkollegen über den Besuch einzelner Mitarbeiter an Fortbildungsveranstaltungen. Reduzierung des Arbeitspensums, um Möglichkeiten für Information und Fortbildung zu schaffen (Kollegiale Delegation zu Veranstaltungen statt Genehmigung zur Teilnahme, Teilnahme als bezahlte Bildungsarbeit).
6. Größerer Ermessensspielraum - risikoärmere Ausnutzung und Ermutigung zur initiativen Nutzung vorhandener Ermessensspielräume.
7. Neufassung der Disziplinierungsordnung, um Experimentierfreudigkeit und soziale Phantasie nicht weiterhin zu gefährden (Sozialarbeit muß frei vom Zwang eines Sonderstrafrechts ausgeübt werden können).
8. Wahl (und Abwahl) leitender Mitarbeiter. Schaffung von Arbeitsteams. (Periodische Wahl und Abwahl der Vorgesetzten durch die Mitarbeiter der Dienststellen. Arbeitsteams mit Gleichberechtigung ihrer Mitglieder).
9. Umorganisation des Jugendamtes nach fachlichen Erfordernissen.
10. Abbau der Ämterpatronage (keine Protegierung der Untergebenen nach Partei-, Gesangbuch, politischer Konformität oder persönlicher Sympathie).
11. Abbau des anachronistischen Beamtenstatus (d.h., die im Beamtenstatus enthaltenen Merkmale wie Gehorsamspflicht, Treue und Weisungsbefugnis hemmen die emanzipatorische Arbeit mit dem Klienten).
12. Schluß mit der Verflechtung von Exekutive und Legislative durch Ämterhäufung. (Abschaffung der Verfilzung von gesetzgebender und ausführender Gewalt, die im übrigen gegen das Grundgesetz verstößt).

arbeiter trafen sich am Abend vorher, um dann gemeinsam am 1. Tag zu der Tagung zu erscheinen. Außerdem wurden noch verschiedene andere Treffen neben der ofiziellen Tagung abgehalten.

3.Als progressiver Teilnehmer war offiziell zu der Tagung Reinhard Wolff als Referent eingeladen w orden. Dessen inhaltliche Thesen konnten von der Aktionsgruppe unterstützt werden und umgekehrt .

Der 4. positive Punkt kann darin gesehen werden, daß nach dem Jugendhilfetag Vertreter der sozialistischen Aktionsgruppe aus verschiedenen Städten gemeinsam eine Dokumentation der Ergebnisse erarbeiteten.

II. Eigene Veranstaltung

Plenumsveranstaltung Rathaus Charlottenburg
26.11.69

Auf dieser Veranstaltung unternahm die Arbeitsgruppe 'Funktion u. Ideologie der Sozialarbeit' im AKS den Versuch, die von den Sozialarbeitern täglich erlebten Behinderungen in ihrer Arbeit zu systematisieren und die Ursachen dieser Misere herauszuarbeiten. Ursprünglich waren von der Gruppe 11 Kriterien entwickelt worden, von denen 3, 'Hierarchie', 'Hohe Fallzahl' und 'Parzellierung' dargestellt wurden. Bei der Arbeit an den Kriterien stellten wir fest, dass die anderen 8 Kriterien in die Arbeit an den vorgenannten drei einflossen, so dass sich eine getrennte Erörterung erübrigte. (Ausführliche Darstellung: SPK-Sondernummer, Januar 1970).

An der Veranstaltung im Rathaus Charlottenburg, der eine Flugblattaktion vorausging, nahmen etwa 300 im Sozialisationsbereich Tätige, überwiegend Sozialarbeiter, teil.

Die Vorstellung der Kriterien sollte dazu beitragen, dass Sozialarbeiter ihre mangelnden Möglichkeiten in der Arbeit nicht mehr als persönliches Versagen begreifen, sondern erkennen, dass die Misere im System liegende Ursachen hat, demnach die Veränderung der Gesellschaft die Voraussetzung für veränderte Bedingungen ist.

Dementsprechend waren die beiden Hauptpunkte in der Diskussion die Solidarität mit dem Klienten und als deren Voraussetzung die Solidarität der Sozialarbeiter untereinander, um "kollektiv die Verantwortung für die Misere des Klienten zurück (zu) weisen an die Instanzen, die Klienten produzieren." SPK-Sondernummer, Januar 1970,S.9)

In der Diskussion liessen sich drei Hauptrichtungen feststellen:

a. Ein sehr kleiner Kreis, der die von uns beschriebene Situation schlechthin leugnete.

b. Teilnehmer, die unsere Darstellung kritisierten, weil sie zwar zutreffend die Erscheinungsbilder beschrieb, nicht jedoch den ursächlichen Zusammenhang von Funktion der Sozialarbeit im Kapitalismus herausarbeitete.

c. Die Mehrzahl der Diskutanten kritisierte, dass wir einen Zustand beschrieben, der allen bekannt sei, die Alternative 'Solidarität' jedoch viel zu abstrakt dargestellt und die Schwierigkeiten eines solchen Handelns nicht benannt waren.

Die Kritik der Positionen b. und c. ist rückblikkend betrachtet berechtigt; sie stellt hinsichtlich des damaligen Bewusstseinsstandes eine Überforderung der Gruppenmitglieder dar. Für die Gruppe 'Funktion u. Ideologie' hatte die Veranstaltung den Zweck, bewusstseinsverändernd zu wirken und die Teilnehmer von der Notwendigkeit zu überzeugen, praxisorientierte theoretische Arbeit zu leisten, d.h. Analysen zu erarbeiten, die Ansätze für eine Konzeption der Verbesserung der Lage der Klienten - emanzipatorischer Art - bieten. Deshalb lag unser Nahziel in der Bildung weiterer Arbeitsgruppen.
Unserer Aufforderung, sich für zu bildende Gruppen zu melden, folgten die Veranstaltungsteilnehmer nur vereinzelt. Das hatte viele Ursachen, von denen eine unsere mangelnde Fähigkeit war, die Notwendigkeit einer solchen Arbeit überzeugend zu begründen. Aber auch unsere geheimen Ängste, dass die Bildung neuer Gruppen für uns die Konsequenz haben würde, zu zweit oder gar einzeln diese neuen Gruppen aufbauen zu müssen, wobei sich in der Arbeit alle die Schwierigkeiten - zumindest partiell - wiederholen würden, die sich in der monatelangen Zusammenarbeit in der eigenen Gruppe ergeben hatten.
So waren wir gewissermassen erleichtert, als wir uns dieser Konsequenz enthoben sahen.
Obwohl sich keine neuen Gruppen bildeten, war die Veranstaltung im Rathaus Charlottenburg für die Geschichte und die weitere Entwicklung des AKS von entscheidender Bedeutung, weil uns im Zusammenhang mit der Vorbereitung und der Auswertung erstmals deutlich wurde, dass eine gesellschaftsverändernde Strategie unter den gegebenen Bedingungen langfristig orientiert sein muss.
Die Teilnahme von 300 Sozialpädagogen an einer solchen Veranstaltung, sowie die Vermutung, dass schon zum damaligen Zeitpunkt keine offizielle Einladung durch eine Senatsdienststelle ausserhalb der Dienstzeit eine solche Beteiligung bewirkt hätte und die Tatsache, dass die SPK-Sondernummer, in der die vorgetragenen Kriterien nochmals abgedruckt wurden, einen aussergewöhnlich grossen Abnehmerkreis fand, kann allein kein Erfolgskriterium sein. Die Veranstaltung bewies, dass die Gruppe 'Funktion u. Ideologie' den richtigen Ansatzpunkt gefunden hatte - trotz aller bereits beschriebenen Mängel - und zum mindesten im Berliner Bereich bei der zunehmenden Bewusstwerdung um die gesellschaftsabhängigen Ursachen für die gegenwärtige Lage der Sozialarbeit aktiv mitwirkte.

III. Strategiefragen

1.Tagung Oberursel

Vom 1. bis 7.2.70 fand im DGB-Schulungsheim Oberursel eine Tagung statt, an der neben kritischen Sozialarbeitern aus Hamburg, Frankfurt, Düsseldorf und Bochum auch 4 Vertreter des AKS teilnahmen.Verschiedene Arbeitsgruppen (AG Ausbildung,AG Funktionsanalyse und AG "Sollfunktion der Sozialarbeit"), die etwa folgende Thesen aufstellten(zusammengefaßt, SPK Nr.8,27.2.70):
Politisches Bewußtsein, analytisches Denken, Kritikfähigkeit, Bestimmung des eigenen Standortes, Kooperations- und Kommunikationsfähigkeit Das Ziel der Ausbildung sollte sein:Interdependenz von Theorie und Praxis, Integration fachspezifischer Wissensinhalte, Aneignung von fachspezifischen Kenntnissen. Das Erkennen der aktualisierten Konflikte müsse ein Handeln zur Folge haben, w obei die Konflikte mit einer Strategie ausgetragen werden sollten.
Außerdem wurde ein Konzept erarbeitet, nach dem der Aufbau einer überregionalen Organisation für Sozialarbeiter möglich sein sollte.
Zu dieser überregionalen Organisation allerdings kam es nicht und konnte wahrscheinlich auch nicht kommen, denn 1. wurde die inhaltliche Übereinstimmung, die ohnehin äußerst abstrakt und ungeklärt war, überschätzt und 2. die Schwierigkeiten, daraus praktische Organisationsmöglichkeiten abzuleiten, überschätzt.

2. Gewerkschaftsdiskussion am 30.1.70

Am 1.12.69 fand im ÖTV-Haus eine als Vollversammlung aller Sozialarbeiter gekennzeichnete Versammlung statt, bei der ein Aktionkommitee "zur Vorbereitung von Kampfmaßnahmen" gegründet wurde.Die weiteren Beschlüsse dieser Versammlung waren die Forderung an den ÖTV-Vorstand, eine Dokumentation über die unhaltbaren Zustände in den Berliner Kinderheimen herauszugeben.
Das Aktionskommitee, das z.T. aus AKS-Mitgliedern bestand, löste erts daraufhin endgültig die schon lange andiskutierte Frage einer Mit-

arbeit des AKS auf der kritischen Seite der Gewerkschaft aus.
Verstärkt sichtbar wurden die gegensätzlichen Meinungen dadurch, daß genau zu derselben Zeit ein anderer Teil der AKS-Mitglieder beschlossen hatte, sich völlig aus den Institutionen zu lösen und für Mitarbeiter bei ihrem Stadtteilprojekt warben. Außerdem wurde dem AKS über das Aktionskommitee mitgeteilt, daß Vertreter der Gewerkschaft ein Gespräch mit dem AKS führen wollen. Unter dem Druck dieser aktuellen Forderungen an den AKS wurde die theoretische Auseinandersetzung um die Frage nach Arbeit mit oder Arbeit außerhalb der Institutionen eher pragmatisch gelöst: der Teil, der Stadtteilarbeitvertreter zog sich daraufhin aus dem AKS zurück, der andere Teil beschloß zunächst zu prüfen, wieweit eine sinnvolle Mitarbeit von AKS-Mitgliedern in der Gerwerkschaft möglich sein könnte. Da dazu das Gespräch mit den Vertretern der ÖTV eine Möglichkeit zu sein schien, fand es am 30.1.70 im AKS-Zentrum statt-
Bis zu dieser Sitzung hatten einige von uns an Sitzungen der ÖTV teilgenommen und die Arbeit des Aktionskommitees wurde schon zu diesem Zeitpunkt sehr erschwert. Aus diesem Grunde teilten wir den beiden Gewerkschaften(Die GEW hatte an der Diskussion auch teilgenommen) in einem Brief mit, daß wir " nach Diskussionen in den arbeitenden Gruppen zu der Überzeugung gekommen seien, daß unser Kontakt zum Aktionskommitee vorerst als Verbindung zu den Gerwerkschaften ausreiche und daß eine weitergehende Zusammenarbeit davon abhänge, in welchem Maße die vom Aktionkommitee vertretenen Forderungen der Gewerkschaftsmitglieder von der Gewerkschaftspitze unterstützt und durchgesetzt würden."
ZU dieser ablehnenden Haltung in Bezug auf praktische Mitarbeit waren wir unter anderem durch in dem Gepräch entstandene Undurchsichtigkeit der Motivation der Gewerkschaftsspitze gekommen. Der eigentliche Grund schien uns damals der zu sein, daß sie rausfinden wollten, welche Funktion wir bei einer geplanten Veranstaltung einnehmen würden.
Diese Diskussion über die Gewerkschaftsfrage war die einzige, in der dieser Komplex isoliert diskutiert wurde; weder bei der Stadteildiskussion noch bei den darauffolgenden Startegiediskussionen wurde er weiterdiskutiert.

3. Diskussion um die Stadtteilarbeit Februar 1970

Die nicht eingelösten Hoffnungen hinsichtlich einer baldigen gesellschaftlichen Veränderung, wie sie damals in vielen linken Gruppen erwartet wurde, sowie die ausgebliebene Organisierung weiter Teile der Sozialarbeiter - als Voraussetzung für reformerische Schritte in der Bürokratie -, bewirkten im Februar/März 1970 eine zunehmende Verunsicherung über die Relevanz der Arbeit der AKS-Gruppen. Innerhalb mehrerer Plenen sollte deshalb die bisherige Strategie überprüft und gegebenenfalls korrigiert werden. Dazu wurden von Gruppen und einzelnen Papiere eingebracht, die im wesentlichen folgende Punkte kritisierten:

- Fehlende Koordination der Gruppen untereinander als Folge des mangelhaften Informationsaustausches
- mangelnde Verbindlichkeit der Mitglieder bei der Arbeit in den Gruppen sowie hinsichtlich der Mitarbeit an der SPK
- unzureichende Reflektion der Relevanz der jeweiligen Arbeit in den Gruppen
- ungelöste Finanzierung des Zentrums und der Zeitung

In den Diskussionen wurde deutlich, dass die vorgenannten Mängel Ausdruck des Zweifels an der 'Richtigkeit' des bisher beschrittenen Weges waren. Von den Kritikern an den bis dahin verfolgten Arbeitsinhalten wurde insbesondere vorgetragen, dass es sich um eine konfliktfreie, zunehmend praxisferne theoretische Arbeit handele, die zudem auch noch die "falsche" Zielgruppe - Sozialarbeiter - habe. Dementsprechend könne die Alternative nur in der Stadtteilarbeit liegen. Demgegenüber meinten andere AKS-Mitglieder, dass bei dem gegenwärtigen Stand des Bewusstseins der Mehrzahl der Mitglieder der Gesellschaft, die Hauptaufgabe in der Agitation liege, d.h. in der Analyse der existierenden Gesellschaft, um ein Bedürfnis nach gesellschaftlicher Veränderung konkret werden zu lassen. Diese Agitation sollte sowohl im Stadtteil als auch innerhalb der Bürokratie erfolgen. Voraussetzung dafür sei jedoch, für die Sozialarbeit Teilanalysen zu liefern, um die Notwendigkeit der Beseitigung des kapitalistischen Systems zu verdeutlichen. Demnach handele es sich um eine Periode, in der die praxisorientierte Theorie den Vorrang habe.
Die Auseinandersetzung um die Stadtteilarbeit wurde von den Teilnehmern überwiegend unter pragmatischen Gesichtspunkten diskutiert, weil die Mehrzahl von uns sich bis dahin nicht ausreichend mit der Funktion und den Voraussetzun-

gen, die Stadtteilarbeit haben kann, befasst hatte. Diese Tendenz wurde dadurch unterstützt, dass wir uns kurzfristig um ein neues AKS-Zentrum bemühen mussten, weil unser bisheriges Domizil wegen Aufgabe der Wohnung durch den Hauptmieter geräumt werden musste. So wurde die Frage der Strategie überwiegend durch die einer 'Einmietung' des AKS-Zentrums bei einer anderen Gruppe ersetzt. Nachdem sich nach zwei Sitzungen keine Lösung der Probleme erkennen liess, wurde von der Arbeitsgruppe 'Funktion u. Ideologie' ein Papier eingebracht, dass sich im wesentlichen mit der Funktion der Zeitung beschäftigte. Es wurde die Auffassung vertreten, dass der AKS sein Image als Gegenöffentlichkeit im wesentlichen dem regelmässigen Erscheinen der SPK und deren zunehmendem Niveau verdanke. Dies hatte sich nicht nur hinsichtlich der ständig steigenden Auflage bestätigt, sondern vor allem auch bei der Hilfe für kritische Kollegen, gegen die die Bürokratie in Einzelfällen Disziplinarverfahren eingeleitet hatte, wobei wir durch Öffentlichmachung, Organisierung von Unterschriftenlisten und Protestveranstaltungen helfen konnten. Aus dieser Einschätzung heraus setzte sich die Gruppe für das weitere Erscheinen der SPK ein, was hauptsächlich ein organisatorisches Problem zu sein schien. Die von der Gruppe 'Funktion' vorgeschlagene formale Ressortaufteilung, fand nicht die Billigung des Plenums. Daraufhin entschloss sich die Gruppe, die Herausgabe der SPK zu übernehmen, bis nach dem Abschluss der Strategiedebatte eine adäquate Lösung gefunden werden konnte.
Im Gegensatz zu allen vorangegangenen Auseinandersetzungen über die Strategie hatte die Diskussion im Februar/März 1970 nicht zur Konsequenz, dass die unterschiedlichen Auffassungen eine weitere Spaltung nach sich zogen. Das schloss jedoch nicht aus, dass Einzelmitglieder wegblieben.

4.Weitere Strategiediskussionen im AKS

a)Neues Zentrum

Im März 1970 wurde auf einer Redaktionssitzung beschlossen, daß jedes AKS-Mitglied delegiert ist, Räume für ein neues Zentrum zu suchen. Ein Sozialarbeiter erklärte sich bereit, diese Wohnung zu mieten. Zwar war im Gesamt-AKS über die weiteren praktisch organisatorischen, die tatsächlichen Kompetenzen zu konkreten Schritten wurden jedoch dann zu äußeren Bedingungen und nicht grundsätzlich gelöst: ein Mitglied der Gruppe Funktion und Ideologie, das gerade für sich eine Wohnung suchte, erklärte sich bereit, eine große Wohnung, die gefunden war, mit dem AKS zu teilen, falls der Sozialarbeiter die Wohnung mietete. Außerdem wurde das mit einem Sekretärsposten gekoppelt, wodurch die organisatorischen Seiten der Kontakte (Telephon, Post usw.) besser geregelt werden sollten. Es wurde beschlossen, Zentrum und Sekretärsposten durch Mitgliederbeiträge zu finanzieren; die Möglichkeit dies alles tatsächlich zu verwirklichen, war jedoch hauptsächlich dadurch gewährleistet, saß bei einer Gruppe noch Geld aus anderer Quelle vorhanden war. Diese ganze organisatorische Lösung war jedoch im Gesamt-AKS kaum grundsätzlich diskutiert worden und die Aufgaben, z.B. des Sekretärs, nicht genau geklärt. Der Grund dafür ist wohl darin zu sehen, daß die inhaltliche Strategie des AKS keineswegs für alle Mitglieder so klar war, daß man daraus ohne weiteres praktische Kompetenzen hätte ableiten können.

b) Inhaltliche Diskussion

Am 28.6.70 und am 5.7.70 fanden im neuen AKS-Zentrum Vollversammlungen des AKS statt, bei denen die künftige Strategie diskutiert w urde.Verschiedene Gruppen stellten Papiere zur Diskussion, eines davon drucken wir nebenstehend als Dokument 2 ab.Die weiteren Vorschläge und Diskussionspunkte sollen hier nachstehend zusammengefaßt und aufgezählt werden.
Prinzipien:Die Arbeit der kooperierenden Gruppen ist Teil der Arbeit der nichtrevisionistischen Linken. 2.Die Arbeit soll innerhalb und außerhalb der Institutionen gemacht werden, diese sollen sich gegenseitig unterstützen. 3.Der AKS darf keine Standesorganisation für Sozialarbeiter werden. 4.Kooperation soll bedeuten:Vermittlung von Erfahrungen aus der Arbeit und gegenseitige Kritik. 5.Selbstkritik von Theorie und Praxis. 6.Ein Informations- und Diskussionsorgan stellt die Verbindung zwischen den Gruppen her. 7. Mitgliederbeiträge zur Finanzierung der überregionalen Arbeit sollen erhoben werden.
Über die Arbeit in den Institutionen w urden folgende Punkte diskutiert:
a) Unterstützung außerinstitutioneller Arbeit
b)Emanzipatorische Arbeit in den Institutionen
c) Anwalt der "Randgruppen"
d)Aufbau eines organisatorischen Netzes innerhalb der Institutionen.

Außerdem wurde von einer Gruppe die Forderung gestellt, daß alle Sozialarbeiter sich ,z.B. auch in den Kindertagesstätten,im Märkischen Viertel konzentrieren sollen.

DOKUMENT II

THESEN ZUR PLENUMSDISKUSSION AM 28.6.70

Gegenwärtig besteht in der Sozialarbeit die Tendenz, daß Caritas und Quarantäne durch die Zielvorstellungen der Sozialpädagogik und Resozialisierung abgelöst werden. Daß heißt, daß von der Sozialarbeit geschaffene Erziehungseinrichtungen und -situationen den Arbeitsbereich der Sozialarbeit stärker als bisher bestimmen werden.

1. Das heißt für die kritische Sozialarbeit:
   Sie muß sich konzentrieren auf die Bereiche, in denen der Staat über Sozial- und Bildungspolitik tendenziell zu Reforminvestitionen bereit ist. Hier sind zwar die Integrationsinteressen des Staates am größten, damit aber auch die Einwirkungschancen einer kritischen Sozialarbeit; also Konzentration auf die Bereiche, in denen Sozialarbeit mit Integrationsaufgaben betraut ist.
   Es wäre also vorrangige Aufgabe des AKS, sich auf die Erfordernisse einer solchen Praxis vorzubereiten.

2. Die sozialistische Perspektive des AKS darf sich nicht nur in der Handhabung eines sozialistischen Vokabulars erschöpfen, sondern muß sich vielmehr in der Fähigkeit inhaltlicher Argumentation und Agitation erweisen.

3. Außer- und innerinstitutionelle Arbeit schließen sich nicht aus, sondern ergänzen sich. Dabei ist zu erwarten, daß die Schwerpunkte der künftigen Praxis(z.B. Vorschulerziehung) im innerinstitutionellen Raum zu leisten sind. Die theoretische Arbeit im AKS muß sich also an der gegenwärtigen und zu erwartenden Praxis orientieren.
   Um die innerinstitutionelle Praxis wirkungsvoll werden zu lassen, müssen Organisation am Arbeitsplatz und Konzentration in Ämtern vorangetrieben werden.

4. Ob die politische Aktivität der kritischen Sozialarbeiter dem aktuellen Reformbedürfnis des Sozialstaates lediglich den Weg ebnet, oder ob sie revolutionäre Arbeit ist, diese Frage kann sich erst entscheiden, wenn die objektiven Reformtendenzen bis an ihre Grenzen ausgenützt werden. Erst dann, im Versuch, sie in Zusammenarbeit mit revolutionären Gruppen aus dem Produktionsbereich zu überschreiten, kann sich zeigen, ob revolutionäre oder berufsreformerische Aktivität erbracht wurde.

5. Die Arbeit des AKS hat bisher darunter gelitten, daß sie unkoordiniert und parzelliert geleistet wurde. Als ersten Schritt zur Aufhebung dieses Zustandes halten wir es für notwendig, Protokolle der arbeitenden Gruppen auszutauschen und regelmäßige Plenumssitzungen abzuhalten - mindestens alle zwei Monate - .

6. Wir gehen davon aus, daß Problemschulung in den Gruppen stattfindet. Entsprechend den Erfordernissen des Themas muß hier verstärkt theoretische Arbeit geleistet werden, damit jeder Einzelne, damit der AKS in die Lage versetzt wird, wirkungsvolle Agitation, z.B. auf Tagungen, leisten zu können. Darüber hinaus halten wir eine vereinheitlichte Einführung in den Marxismus-Leninismus für notwendig.

7. Die organisatorischen Institutionen des AKS müssen seinen gegenwärtigen Kräften angemessen sein. Wir halten es für uneffektiv, neben der Redaktionskonferenz noch ein zweites ständiges Gremium - gebildet aus Mitgliedern der Gruppen - zu schaffen.
   Wir schlagen vor, daß Koordinationsaufgaben von den jeweils zur Redaktionssitzung Delegierten wahrgenommen werden. Verbindliche Beschlüsse sollten dagegen einer Vollversammlung vorbehalten sein.

Gruppe Funktion und Ideologie

Eine konkrete Einigung oder Festsetzung einer Strategie gelang zunächst nur in folgenden Punkten:es wurde eine Schulungskomission eingesetzt,die folgende Vorschläge unterbreitete: Man war sich einig, daß eine gemeinsame theoretische Grundlage unbedingt erarbeitet werden müsse. Die Frage, ob man zuerst politökonomische Schulung oder problemorientierte Schulung machen solle, wurde so beantwortet: es sollte beides abwechselnd gemacht werden, also einmal Marx, einmal z.B. Bernfeld.
Außerdem wurde beschlossen, daß Schulung für alle Mitglieder verbindlich sein sollte.
Die Schulung wurde dann in den verschiedenen Gruppen unterschiedlich durchgeführt:die Kindergärtnerinnengruppe entschloß sich, zunächst Problemorientierte Schulung zu machen, in anderen Gruppen wurde die "Marxistische Arbeiterschulung" bzw "Lohnarbeit und Kapital" erarbeitet.
Die Strategie der konkreten weiteren Arbeit orientierten sich an der gegebenen Situation, daß ein Hauptteil der mitarbeitenden Sozialarbeiter in den Institutionen arbeitete:Die Widersprüche in der kapitalistischen Gesellschaft sollten durch radikale Kritik des Bestehenden in diesem Bereich aufgezeigt und erfahren werden. Um eine Gegenöffentlichkeit herzustellen, schien mit unseren Möglichkeiten immernoch die Zeitung das beste Mittel zu sein.Wir versuchten also hier konsequent die Probleme, die derzeit in den Ämtern aktuell wurden, zu analysieren, bzw kritisch zu betrachten.Inhaltlich drückte sich das zunächst in der Nummer der SPK über die neuen Modelle in der Sozialarbeit aus, der dann eine Kritik der Methoden der Sozialarbeit folgte.

Diese Themenstellungen entsprachen unserer Meinung nach dem Bedürfnis, die Widersprüchlichkeit der und in der Sozialarbeit nicht nur in theoretisch-abstraktem Zusammenhang, aufzuzeigen, sondern sie zunächst an den praktizierten Methoden klarzumachen.

Durch die vorausgegangenen Auseinandersetzungen im universitären Bereich ermutigt, war die Gründung des AKS das Ergebnis des Erkenntnisprozeßes, daß die katastrophale Lage der Klienten, die unzulänglichen Arbeitsbedingungen in den Ämtern, Heimen und Tagesstätten, die Abhängigkeit von der Sozialbürokratie, die praxisferne Aus- und Fortbildung nur geändert werden können, sofern wir unsere Interessen selbst vertreten und uns nicht länger auf Parteien und Berufsverbände verlassen.

Eine unserer Forderungen war die Demokratisierung der Ämter, die wir, dem damaligen Bewußtseinsstand der Mitglieder entsprechend, nicht als einen Teilschritt innerhalb einer sozialistischen Strategie - nicht die Sozialarbeit ist zu verbessern, sondern die Gesellschaft, die Sozialarbeit notwendig macht, muß geändert werden - , sondern als Ziel an sich ansahen.

Um unsere Situation zu analysieren, fanden wir uns in Arbeitsgruppen zusammen, mit dem Ziel, die Ergebnisse in einem Kongreß allen im Sozialisationsbereich Tätigen zu vermitteln und einen breit angelegten Bewußtseinsprozeß einzuleiten. In den Arbeitsgruppen wurde uns nach und nach bewußt, daß die Ursache der täglich erlebten Arbeitsmisere nicht individuelles Versagen, sondern Ausdruck der uns vorgegebenen Bedingungen ist.

Unsere Aktionen orientierten sich an der studentischen Vorgehensweise: Demonstration, Protestversammlung, Go-in. Dabei zeigte sich die Notwendigkeit, die Relevanz hinsichtlich dieses Vorgehens im Amtsbereich zu überprüfen. Anfänglich waren wir erstaunt, als uns die Adressaten, nämlich die Kollegen, mit Ablehnung begegneten, obwohl wir doch ihre Interessen vertraten. Wir mußten erst die konkrete Erfahrung machen, daß aufgrund der vorgegebenen Bedingungen - Hierarchie, Disziplinierungsmöglichkeiten der Bürokratie usw. - unsere Kollegen eher geneigt waren, sich an "Ruhe und Ordnung" zu orientieren, anstatt sich gegen die vorgegebenen Normen und Verfahrensweisen zu wehren.

Die politische Heterogenität der AKS-Mitglieder, das Spektrum reichte anfänglich von systemintegrativer Reform bis zur Beseitigung der bestehenden Gesellschaft, hatte mehrere Spaltungen zur Folge. Ausgangspunkt für die Kontroversen war in den ersten Monaten die Form der angewandten Aktionen wie Go-in. Dahinter verbargen sich jedoch diametrale Auffassungen über Art und Umfang der angestrebten Veränderungen. Später folgten die Auseinandersetzungen um die Frage, inwieweit unsere Arbeit Teil einer Konzeption der Verbesserung der Klassenkampfsituation sein kann. Ein Teil der Mitglieder, von der Einschätzung ausgehend, daß Sozialarbeiter, bedingt durch ihr kleinbürgerliches Bewußtsein, nicht agitierbar seien und die Arbeit in der Bürokratie ohnehin nur dem aktuellen Reformbedarf des Sozialstaates diene, schied aus dem AKS aus, um die Arbeit im Stadtteil aufzunehmen.

Die zunehmende Erkenntnis, daß eine sozialistische Strategie aufgrund der bestehenden Verhältnisse langfristig sein muß, führte auch im AKS zu einer Reduzierung der aktiven Mitglieder. Nach den Grundsatzdebatten im Sommer 70 setzte sich innerhalb des AKS die Auffassung durch, daß es gegenwärtig unsere Aufgabe ist, die Widersprüche in den Institutionen der Sozialarbeit aufzuzeigen, um die bei den Klienten und Kollegen vorhandene Unzufriedenheit zu forcieren und in ein bewußtes Bedürfnis nach gesellschaftlicher Veränderung umzuwandeln. D.h. Verdeutlichung der Funktion der Sozialarbeit im Kapitalismus, um die zu Agitierenden davon zu überzeugen, daß Sozialarbeit in dieser Gesellschaft immer "Misere" sein muß.

Für uns in den Istitutionen Arbeitenden bedeutet das, unsere Möglichkeiten der Politisierung möglichst illusionslos einzuschätzen.

Ein Prozeß der Bewußtwerdung bei Klienten und Kollegen ist langfristige Kleinarbeit, verlangt Ausdauer und Disziplin. Die Voraussetzung dafür ist die ständige Vertiefung der marxistischen Theorie und die Integration in eine sozialistische Gruppe oder Organisation.

Die Agitation in den Institutionen kann längerfristig nur erfolgreich sein, wenn außerinstitutionell, im Stadtteil und Betrieb, der Bewußtwerdungsprozeß vertieft und in Aktionen umgesetzt werden kann. Konkret könnte dies z.B. die Verbesserung von Kindertagesstätten, die Erhöhung der Sozialhilfesätze, den Kampf gegen hohe Mieten usw. zum Inhalt haben, denn nur die aktive Teilnahme am Kampf für die eigenen Interessen schafft die Einsicht, in die Notwendigkeit radikaler Veränderungen, d.h. , den politischen Kampf zu führen.

Die Arbeit in der Bürokratie hat zudem die Funktion, außerinstitutionelle Projekte insoweit abzusichern, als der Bürokratie deren Zerschlagung erheblich erschwert wird, wenn sie in der eigenen Verwaltung auf massiven Druck stößt.

Ein solches Vorgehen erfordert die Auseinandersetzung mit Reformen. Dabei ist zu prüfen, welche und wie wir uns vom System eingeleitete Refor-

men nutzbar machen können, bzw., inwieweit wir die Forderung nach Reformen unterstützen oder iniziieren.
Sofern Sozialisten innerhalb einer nicht einmal vorrevolutionären Phase, in der systemzerstörende Aktionen undurchführbar sind, Reformen nicht pauschal als systemstabilisierend abtun, muß reformerisches Handeln bei der Strategiebestimmung berücksichtigt werden.
Eine sozialistische Strategie kann Reformen nicht formal unterscheiden, sondern muß die Verbindung einer Reform im Kontext anderer, sowie Abfolge, Art und Weise ihrer Verwirklichung berücksichtigen; aber auch den Willen der sozialistischen Kräfte, die Reform für neue Aktionen auszunutzen, die die Widersprüche im Kapitalismus vertiefen, um die Notwendigkeit einer radikalen Umwandlung zu demonstrieren.

"Unter kapitalistischen Bedingungen hat Sozialarbeit immer integrative Funktion. Auch das, was sich in der aktuellen Bereitschaft zu Veränderungen kundtut, dient dem Ziel sozialer Kontrolle. Ob die politische Aktivität der kritischen Sozialarbeiter dem aktuellen Reformbedarf des Sozialstaates lediglich den Weg ebnet, oder ob sie vorrevolutionäre Arbeit ist, diese Frage kann sich erst entscheiden, wenn die objektiven Reformtendenzen bis an ihre Grenzen ausgenützt sind.
Erst dann, im Versuch, sie in Zusammenarbeit mit revolutionären Gruppen aus dem Produktionsbereich zu überschreiten, kann sich revolutionäre von berufsreformerischer Aktivität sondern."
(SPK-Sondernummer, Dezember 69, Seite 12). Ende

BETR. HOCHSCHULREIFE

SOLIDARITÄT MIT JUGENDPFLEGERN

Da durch die Entscheidung des Senators für Schulwesen den in Berlin ausgebildeten Jugendpflegern die Zuerkennung der Hochschulreife (§ 30) verweigert wird, bitten wir um Namen und Anschriften von in Berlin ausgebildeten Sozialarbeitern, die nach den Ausbildungsrichtlinien bis 1.4.1968 geprüft wurden, und daraufhin die Hochschulreife zuerkannt bekommen haben.

Kontaktanschrift: Jürgen Dittner
1 Berlin 13
Teichgräberzeile 2

An dieser Stelle sollte eigentlich eine Anzeige erscheinen, um neu Mitarbeiter für das FORUM MV zu werben. Die augenblickliche Finanzsituation und die daraus resultierende Unsicherheit der Teamsituation zwingt uns zu anderen Schritten. (siehe Beilage).

Loyalität contra Reformbestrebung

Nur kurze Zeit nach seinem Amtsantritt ist der neue ärztliche Direktor der Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik, Prof. Flegel, den Westberliner Behörden, die ihn gerufen haben, schon wieder lästig geworden. Sein befristeter Anstellungsvertrag soll plötzlich nicht mehr verlängert werden.

Prof. Flegel hat versucht, aus der alten Wittenauer Anstalt allmählich eine moderne psychiatrische Klinik zu machen, die mehr ist als die hoffnungslose Endstation für Geisteskranke.

Kurz nachdem dieser Sachverhalt in der Öffentlichkeit bekannt geworden war und mit Reaktionen aus der Öffentlichkeit gerechnet werden mußte, erreichte die Mitarbeiter des Bezirksamts Reinickendorf folgendes Schreiben:

An alle Kolleginnen und Kollegen!
Aus gegebenem Anlaß möchte ich darauf hinweisen, daß die Teilnahme an einer öffentlichen Protestaktion oder Demonstration gegen das Bezirksamt während der üblichen Dienstzeit eine Dienstpflichtverletzung darstellt. Zugleich möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß die Teilnahme an einer solchen Aktion im Widerspruch zur gebotenen Loyalität gegenüber dem Dienstherren bzw. Arbeitgeber steht.
Ich hoffe, daß dieser Hinweis auf die Ihnen bekannten Tatsachen Ihr Verständnis findet.

Mit kollegialen Grüßen

gez. Rabau (Jugendstadtrat)
gez. Schneider (Gesundheitsstadtrat)

Der Einsatz für das Reformmodell an der Karl-Bonhoeffer Nervenklinik erschien einem Teil Sozialarbeitern und Praktikanten der Familienfürsorge Reinickendorf wichtiger, als die Loyalität gegenüber dem Dienstherrn. Sie nahmen an der Demonstration teil.

Die Frage, ob die Mitarbeiter mit Sanktionen von seiten des Bezirksamts zu rechnen haben, ist noch nicht entschieden.
Gegebenenfalls wird die SPK über den weiteren Verlauf berichten.

Alte Nummern der Sozialpädagogischen Korrespondenz

Von den bisher erschienenen Heften sind noch erhältlich: Nr 11 (Jugendhilfetag), 12/13 (Wem nützt die Modellbewegung ?), 14 (Sozialstaat oder Klassengesellschaft?) 17 (Kritik der Methoden der Sozialarbeit, Casework), 18 (Wohlfahrt made in USA), 19 (Kritik der Methoden, Social Groupwork).

Kontroverse um die Leitung

Wir veröffentlichen nachstehend einen offenen Brief, der nachrichtlich an alle Sozialarbeiter der Familienfürsorge (Fafü), an die Bürgermeister, den Senator für Familie, Jugend und Sport, an die Personalräte, an die Gewerkschaften und noch an einige andere Stellen in Berlin geschickt wurde.

O f f e n e r   B r i e f

An die Leiter der Ämter 3
Abt. Jugend und Sport
der Bezirksämter von Berlin

Anläßlich eines Seminars unseres Supervisorenlehrgangs in der Internationalen Begegnungsstätte Jagdschloß Glienicke ... wurden mit Herrn Dipl. Soz. Dreisbach, Leiter der Ev. Fachochschule für Sozialpädagogik Hamburg, unter anderem auch Probleme der Organisation und Leitung von Sozialarbeit in der öffentlichen Verwaltung diskutiert.

....

Es gibt in Berlin einen aktuellen Anlaß, in dem diese Fachlichkeit der leitenden Sozialarbeiter zum Tragen kommen sollte, um Ihre fachliche Position zu stärken, nämlich die Vorgänge um die Auswahl eines leitenden Sozialarbeiters für die Fafü Zehlendorf. Hierzu folgende Überlegungen und Forderungen:

1. Die Leiter der Ämter 3 haben die Aufgabe, die Sozialarbeit innerhalb der Bezirksverwaltungen zu vertreten. Da heute die Sozialarbeit in die Verwaltung integriert ist, werden an Sie besonders hohe Anforderungen gestellt. Sie haben verschiedene Interessen zum Ausdruck zu bringen. Vom Selbstverständnis der Sozialarbeit her repräsentieren Sie Fachlichkeit. Diese Fachlichkeit ist die Voraussetzung dafür, daß Sozialarbeit sich langfristig artikulieren kann. Diese fachliche Artikulation ist also sehr hoch zu bewerten.

2. Die Wichtigkeit und Qualifikation dieser Funktion zwingt dazu, das Verfahren der Benennung der vakanten Stelle in Zehlendorf zum Gegenstand des Gesprächs zu machen. Dort haben die Sozialarbeiter mit großer Mehrheit ein Votum für einen Bewerber abgegeben. Obwohl dieses Votum nur die Funktion der Beratung hat, ist es vom Selbstverständnis der Sozialarbeit her von unschätzbarem Wert. Würde dieses Votum nicht beachtet, wird ein Entwicklungsprozeß in der Familienfürsorge in Berlin unterbrochen, der in der Sache zu begrüßen ist: das Engagement für eine zeitgemäße Sozialarbeit.

3. Wir bitten die Leiter der Ämter 3 in Berlin, an den Hauptpersonalrat .... unverzüglich zu appellieren, daß nicht gegen das Votum der Sozialarbeiter im Bezirksamt Zehlendorf entschieden wird.

4. Wir halten diesen Appell aus folgenden Gründen für dringlich:
1) Eine Entscheidung, die zu erkennen gibt, daß sie von anderen als den von den Sozialarbeitern geltend gemachten fachlichen Gründen getragen wird, schadet der Arbeit des leitenden Sozialarbeiters ganz allgemein in unverantwortlicher Weise.

2) Es ist nicht zu erwarten, daß die Zusammenarbeit mit dem leitenden Sozialarbeiter im Amt 3 in Zehlendorf unter diesen Voraussetzungen gelingen wird. Die Vorgänge können nicht einfach verschwiegen und negiert werden.

3) Dadurch wird die gesamte Sozialarbeit in ihrer Tätigkeit disqualifiziert, weil ihr fachliches Votum unbeachtet bleibt.

4) Eine Funktion, deren Besetzung sich nicht fachlich ausweist, wird als solche ins Zwielicht kommen und Anlaß zu überflüssigen Konflikten sein. Diese zusätzliche Reibung verhindert einen Reflektionsprozeß der Sozialarbeit in der Verwaltung, der gerade erst begonnen hat.

5) Wir meinen, daß der Apell der Repräsentanten der Sozialarbeit in der Familienfürsorge in Berlin nicht ein Eingriff in ein schwebendes Verfahren und ein formal nicht zu verantwortendes Unternehmen ist. Im Gegenteil: Ein klärendes Wort ist hier dringend notwendig. Dies hilft der Sache in Zehlendorf und der Sache der Sozialarbeit allgemein.

Wir bitten die Leiter der Ämter 3 dringend, ihr fachliches Engagement   j e t z t   zu zeigen.

Berlin , den 12. 11. 1971

Die Teilnehmer des
Supervisorenkurses
B I / 71 - 73

Polizei packt aus

Aus der Frankfurter Rundschau vom 29. 10. 71

"Ihre Arbeitgeber zahlen nur drei Mark die Stunde"- Polizei packt aus: Menschenunwürdige St Zustände/ 25 Mark pro Bett

Ein besonders krasser Fall von Ausbeutung illegal eingereister Gastarbeiter ist von der Frankfurter Polizei aufgedeckt worden: Bei der Kontrolle von Abbrucharbeiten an den vier Häusern im Frankfurter Ostend entdeckten die Beamten, daß nicht nur mehrere Auflagen der Bauaufsichtsbehörde von der Frankfurter Abbruchfirma nicht erfüllt wor den waren, sondern daß zwei der dort beschäftigten Marokkaner weder eine Aufenthaltsgenehmigung noch eine Arbeitserlaubnis hatten.

Die beiden gaben an, daß sich ihre Pässe in den Wohnheimen "Barthelshof" bzw. "Blaue Grotte" befänden. Bei einer Überprüfung wurden zwar nicht die Pässe, dafür aber menschenunwürdige Zustände entdeckt: Laut Polizeibericht vom Donnerstag sind die Zimmer überbelegt und verwahrlost. Nur ein Teil der dort hausenden Gastarbeiter war gemeldet und hatte Aufenthalts und Arbeitserlaubnis. Pro Bett müssen sie angeblich 25 Mark und mehr in der Woche zahlen. Teilweise schlafen die Männer auf dem Boden oder zu zweit oder dritt in einem Bett. Den Wohnheimleitungen waren die se Zustände angeblich nicht bekannt.

Die Illegalen erhielten, wie die Polizei ermittelte, lediglich einen Stundenlohn von drei Mark. Da für sie keinerlei Abgaben entrichtet wurden, haben sie auch keinen Anspruch auf Versicherungsschutz. Legal beschäftigte Arbeitnehmer aus denselben Ländern erhalten nach Angaben der Polizei für die gleiche Tätigkeit 6,80 Mark pro Stunde.

Als die Beamten die Abbruchhäuser nochmals aufsuchten, flüchteten mehrere Arbeiter. Einer von ihnen, den die Polizisten in einem Gebüsch aufstöberten, berichtete, er sei seit sechs Wochen illegal und unversichert bei der Abbruchfirma beschäftigt. Sein Stundenlohn habe zunächst drei und dann 3,50 Mark betragen.

Gegen die Firma (Lippert) ist nach Angaben eines Polizeisprechers Anzeige erstattet worden. Eine Stellungnahme des Unternehmens zu den Vorwürfen war am Donnerstag nicht zu erhalten, da angeblich alle Auskunftsberechtigten unterwegs waren.

In dem Polizeibericht wurde betont, man müsse dem Zustand entgegenwirken, 'daß auf Grund der Praktiken gewissenloser Unternehmer ein ausgebeutetes Subproletariat herangebildet wird'."

Thesen zur Jugendarbeit im Kapitalismus

1. Jugendarbeit, verstanden als institutionalisierter Erziehungsvorgang, läßt sich aus drei historischen Quellen ableiten: der jeweils um die Jahrhundertwende entstandenen staatlichen und kirchlichen Jugendpflege, der bürgerlichen Jugendbewegung und der proletarischen Jugendbewegung. Der Terminus Jugendarbeit als pädagogischer Begriff ist vergleichsweise neueren Datums: er wurde mit jeweils unterschiedlichem Bedeutungsgehalt einerseits im Rahmen der proletarischen Jugendbewegung, andererseits im Rahmen der staatlichen Jugendpflege in den ersten Jahren der Weimarer Republik geprägt.

2. In der Arbeiterjugendbewegung wurde unter Jugendarbeit zunächst die Arbeit von Jugendlichen, verstanden als produktive Arbeit im Fabriksystem, gefaßt. Im Anschluß an Marx wurde der Arbeit als aktiver Auseinandersetzung mit und Aneignung der Natur entscheidende Bedeutung beigemessen für die allseitige Entwicklung menschlicher Fähigkeiten. Nicht die Arbeit an sich, sondern nur ihre pervertierte Form unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen, führe eher zur Verkrüppelung statt zur Emanzipation der Arbeitenden. Durch die sozialistische Umgestaltung der Jugendarbeit, die einhergeht mit der Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, müsse und könne die Jugendarbeit zu einem wesentlichen Teil des Bildungssystems und der Erziehungsprozesse werden.

3. In der Jugendpflege wurde Jugendarbeit begriffen als Arbeit von Pädagogen mit Jugendlichen jenseits der Arbeitssphäre und und außerhalb des schulischen Bildungssystems, als Freizeitveranstaltung für Jugendliche. Sie ist teils aus dem Bestreben entstanden, die Jugend mit wachsender Freizeit auch außerhalb der Produktion (bzw. außerhalb des Schulsystems) unter soziale Kontrolle zu bringen, teils aus dem Bestreben, die Jugend zu entschädigen für die erlittene Arbeitsqual bzw. sie von deformierenden Leistungszwängen zu entlasten. Auch in ihrer progressivsten Gestalt, wo in der Freizeit durch pädagogische Anstrengung Emanzipationsprozesse befördert werden sollten, geht diese Art von Jugendarbeit von der Unabänderlichkeit und den angeblich naturnotwendig schädigenden Auswirkungen der Arbeit aus. Ihre grundlegende Veränderung, die der Arbeit selbst einen neuen, pädagogisch relevanten Charakter geben könnte, nahm sie nie in den Blick. Sie begriff sich als Ersatz, als positive, befreiende Ergänzung zur Arbeit und zu Leistungszwängen. Damit trug sie - gewollt oder nicht - in erster Linie dazu bei, die Reproduktion der jugendlichen Arbeitskraft für ihre abermalige Verwertung noch besser sicher zu stellen.

4. Gegenüber der Jugendpflege (als pädagogische Veranstaltung von Erwachsenen für Jugendliche) hat sich in der bürgerlichen und proletarischen Jugendbewegung ein pädagogisches Moment ausgebildet, das für das begriffliche und praktische Verständnis von Jugendarbeit relevant wurde: die kollektive Selbsttätigkeit der Jugend im Erziehungsprozeß. Kollektive Selbsttätigkeit, d.h. dynamische Gruppenbildung in organisatorischer Selbständigkeit, sollte optimale Voraussetzungen schaffen für die Selbstverwirklichung, die allseitige Entwicklung emanzipatorischer Fähigkeiten bereits im Jugendalter. Aufgrund der verschiedenen Klassenlage konkretisierten sich freilich die allgemeine Zielbestimmung und die Realisierungsversuche in der bürgerlichen und der proletarischen Jugendbewegung in je besonderer Weise.

5. Kollektive Selbsttätigkeit der Jugend bedeutete in der bürgerlichen Jugendbewegung autonome Gemeinschaftsbildung in einem abgeschiedenen "romantischen" Freiraum, der als besonderes Jugendreich begriffen wurde und von der Kontrolle der Erwachsenen frei sein sollte. Der anvisierte Freiraum war zeitlich als Übergangsphase (eben für das Jugendalter) und räumlich auf den Teilbereich der "Freizeitgestaltung" beschränkt. Als utopisches Modell wurde er begriffen als das Reich der Freiheit, unmittelbar herstellbar, indem man sich der "Gesellschaft der Erwachsenen" entzog und "in eigener Verantwortung" sich als "verschworene Gemeinschaft" verband. Ein Ziel außerhalb dieser Gemeinschaft, zu dem die Gruppenbildung Zweck hätte sein können, bestand nicht - Jugend fand Jugend und genügte sich als solche selbst.

6. Kollektive Selbsttätigkeit bedeutete in der proletarischen Jugendbewegung die Schaffung organisatorischer Voraussetzungen für die optimale Entwicklung des Klassenbewußtseins bereits im Jugendalter. Die organisatorische

Selbständigkeitder Jugendorganisation von der Erwachsenenorganisation (Partei,Gewerkschaften) fand nicht ihre Begründung in der Annahme eines Generationsgegensatzes,sondern in der Annahme besonderer,zusätzlicher Interessen der jugendlichen Fraktion des Proletariats und psychischer Eigentümlichkeiten im Jugendalter.Die Jugendorganisation bildete die organisatorische Basis für die dialektische Einheit von politischem Kampf und Kampferfahrungen auf der einen Seite und politischen Lernprozessen,Entwicklung von Klassenbewußtsein auf der anderen Seite.Die Zugehörigkeit zur Jugendorganisation ermögliche den Jugendlichen die wachsende Teilnahme am politischen Kampf der gesamten Arbeiterklasse und schuf ein klassenspezifisches Erziehungsmilieu,das einen Gegenpol bildete zu den Erziehungsinstitutionen der herrschenden Bourgeoisie.

7. Das heute noch vorherrschende Verständnis von emanzipatorischer Jugendarbeit entspricht einer ekklektizistischen[1] Mischung von Momenten traditioneller Jugendpflege und bürgerlicher Jugendbewegung.Jugendarbeit wird begriffen als eine besondere Art pädagogischer Veranstaltung,die als solche emanzipatorische Wirkungen zeitigen soll,politische Praxis als Veränderung der ... Lebensbedingungen jedoch nicht implziert.Die pädagogische Veranstaltung wird von professionellen Erziehern organisiert,die als Erzieher den Jugendlichen individuelle Entfaltungsmöglichkeiten bereitstellen.Ihren besonderen Charakter demonstriert sie als Gegenpol zur "leistungsbetonten" schulischen Erziehung,indem sie darauf pocht,keinen gesellschaftlichen Auftrag zu haben(die Jugend zu qualifizieren, für die Leistungsanforderungen direkt zu präparieren),sondern allein im Dienste der Jugendlichen zu stehen.Ihr strukturierendes Prinzip ist "die Freiwilligkeit",d.h.die Jugendlichen sollen in ihrem Rahmen die Möglichkeit haben, ihre individuellen Interessen und Bedürfnisse zu artikulieren,jugendspezifische Gesellungsformen zu entwickeln.Die zutage tretenden Wünsche werden als weitgehend selbstbestimmt, bestenfalls abhängig von Alterseigentümlichkeiten begriffen,ihre Determination etwa durch Arbeitserfahrungen,durch schulische Leistungszwänge,d.h.ihr weitgehend kompensatorischer und Ersatzcharakter wird kaum zur Kenntnis genommen.Entsprechend werden die in der Freizeit in Erscheinung tretenden Wünsche der Jugendlichen zum absoluten Kriterium für die Angebote der Jugendarbeit.Die Freizeit selbst wird als "freie Zeit,als autonomer Raum begriffen, innerhalb dessen die Jugendlichen allein zur Selbstverwirklichung gelangen können. Entsprechend oktroyiert diese Art von Jugendarbeit kein Programm,will nicht organisieren, sie macht ein "Angebot",stellt sich zur Verfügung.Sie stellt keine Anforderungen,um potentiell alle Jugendlichen,nach Möglichkeit gemeinsam,zu erreichen.Sie will Klassenunterschiede und Schichtendifferenzen nicht zur Geltung kommen lassen,sie will sie überspielen, pädagogisch außer Kraft setzen.

8. Ihrem Selbstverständnis nach erweist sie sich hierin als repressionsarmes Lernfeld,das allen jugendlichen dieselbe Entfaltungschance bietet.In ihrer neueren,radikalen Ausprägung als antiautoritäre Jugendarbeit wird ihr Selbstverständnis zunehmend politisch.Durch zeitweilige Bereitstellung repressionsfreier Lebensbedingungen,die das verschüttete Lustprinzip gründlich aktualisieren helfen,soll Unwillen und Unzufriedenheit gegen alle Zwänge und Einschränkungen des Alltags,der Wille zur befreienden politischen Tat hervorgerufen werden.

9. Die sich im wesentlichen als repressionsarm oder antiautoritär begreifende Jugendarbeit kann ihren emanzipatorischen Anspruch deshalb nicht einlösen,da sie entweder bloß kompensatorische Funktionen erfüllt oder bestenfalls anarchische Rebellionen auslöst,die gegen alles sich wenden,was einschränkt.Sie kann die Jugendlichen nicht dauerhaft emanzipieren, da die Macht der materiellen Verhältnisse nicht gebrochen wird.Sie eröffnet keine organisierende und kämpferische Perspektive, da Organisation und Kampf partiell Disziplin und Verzichte,d.h.Einschränkungen zeitweise erforderlich macht.

10. Sozialistische Jugendarbeit intendiert ebenfalls die Emanzipation,berücksichtigt jedoch, daßdiese nicht unmittelbar (pädagogisch oder durch Einrichtung von partikularen Freiräumen) sich herstellen läßt,da die materiellen Lebensverhältnisse im Kapitalismus ihr entgegenstehen.Sie ist deshalb gezwungen,nicht nur ein pädagogisches,sondern auch ein politisches Programm zu entwickeln.Ihr pädagogisches Programm zielt langfristig auf die allseitige Entwicklung,die vollständige Emanzipation der Menschen,kurzfristig jedoch auf die Entwicklung von Eigenschaften und Fähigkeiten, die den Kampf gegen diese materiellen Verhältnisse ermöglichen.Insofern ist sie notwendig: politische Pädagogik.Da die Verhältnisse umgewälzt werden müssen,kann sie jedoch nicht nur Pädagogik sein,sondern muß eine politische Strategie implizieren.Die politische Strategie darf die Zielgruppe nicht nur unter dem Gesichtspunkt ihrer Lernfähigkeit und Lernbereitschaft, sondern muß sie zugleich als mögliches Subjekt politischer Praxis betrachten.Und hier ist zu

fragen,ob die Jugendlichen,mit denen sie zu tun hat,ungeachtet ihrer Klassenlage Subjekt dieser Praxis sein können,einer Praxis,die tatsächlich die materiellen Lebensverhältnisse umwälzen kann.Damit stellt sich die Frage, so= wohl nach der Organisation entsprechender Lernprozesse als auch nach der Organisation revolutionärer Praxis.

Literaturhinweise zum Weiterstudium

M.Liebel:Aufforderung zum Abschied von der sozialintegrativen Jugendarbeit,in "Deutsche Jugend" 1/71

M.Brühl u.a."Auf dem Wege zu einer antikapitalis= tischen Jugendarbeit" in "Deutsche Jugend" 5/70

M.Liebel:Überlegungen zum Praxisverständnis antikaitalistischer Jugendarbeit " in "Deutsche Jugend" 1/71

D.Baacke:Klassenlage und primärer Status"in "Deutsche Jugend" 3/71

H.Lessing:"Jugend in der Klassengesellschaft" in "Deutsche Jugend" 2u.3/71

CH.Hübner,M.Liebel,M.Reichelt:"Politökonomische Bestimmung zur Lage der Arbeiterjugend im Kapitalismus und deren Bedeutung für die Entwicklung des Klassenbewußt= seins " in "Erziehung und Klassenkampf" 1/71

WARUM BRAUCHEN WIR GASTARBEITER ?

Unter dieser Überschrift erschien vor einigen Wochen ein Sonderdruck der 'Landeszentrale für politische Bildungsarbeit'.
Die Broschüre will dazu beitragen, Vorurteile abzubauen."Deshalb ist es einfach notwendig, daß wir mehr über die Gastarbeiter wissen", meinen die Autoren. Wer nun annimmt, daß hier tatsächlich die Ursachen für die Probleme aufgezeigt werden, sieht sich getäuscht. Offenbar von der Annahme ausgehend, daß die bisherige Arbeit im Bereich politischer Bildung tatsächlich'erfolgreich'war d.h., daß insbesondere die Arbeiterschaft inzwischen ihre tatsächlichen Bedürfnisse total verdrängt und durch eine Unternehmerideologie ersetzt hat, ist der Sonderdruck als Geschäftsbericht einer Aktiengesellschaft aufgemacht. Man stellt ganz nüchtern die'Vorteile'der Beschäftigung von Gastarbeitern den'Nachteilen gegenüber' und kommt unter dem Strich zu einem positiven Ergebnis.

Einer gerafften Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung nach 1945 in der Bundesrepublik folgt die Feststellung, daß zu Beginn der sechziger Jahre plötzlich mehr Arbeitskräfte gebraucht wurden, als in Westdeutschland zur Verfügung standen. Da auf dem 'Gesamtdeutschen Arbeitsmarkt' infolge des 13. August 1961 kein Nachschub mehr zu erwarten war, wie die Autoren freimütig einräumen, blieb nur noch die Möglichkeit, im Ausland zu werben.
Ohne die Beschäftigung der ausländischen Arbeitskräfte, die etwa 9% der erwerbstätigen Bevölkerung in der BRD und West-Berlin ausmachen, z.Zt. befinden sich etwa 2 Millionen Gastarbeiter im westdeutschen Wirtschaftsbereich, wäre unser derzeitiger Lebensstandard nur zu halten, indem die Arbeitszeit wieder drastisch verlängert würde, meinen die Herausgeber, denn Automation habe seine Grenzen. Warum, wird nicht erörtert.
Dafür wird aber mit den Vorurteilen 'aufgeräumt'.
Es ist keineswegs so, daß die Gastarbeiter hier nur abkassieren, wie viele Deutsche meinen, fahren die Autoren fort, denn die ausländischen Arbeitnehmer zahlen viel mehr Beiträge zur allgemeinen Rentenversicherung, als sie selbst jemals in Anspruch nehmen können. 1966 wurden z.B. Rentenversicherungsbeiträge in Höhe von 1,2 Milliarden DM von den Gastarbeitern gezahlt, denen Ausgaben in Höhe von 127 Millionen DM gegenüberstanden.
"Das heißt mit anderen Worten: Durch die ausländischen Arbeitskräfte wird unsere Rentenversicherung ganz erheblich entlastet." (S.7)
"Ein weiterer Vorteil ergibt sich daraus, daß die Gastarbeiter ja nicht ihr ganzes hier verdientes Geld nach Hause schicken, sondern lediglich einen Teil davon, nämlich rund 15%. Das bedeutet, daß sie etwa 85 % ihres Geldes hier bei uns ausgeben, das wiederum ist ein Vorteil für uns, weil damit die Nachfrage gesteigert wird."
Zum Problem, daß Gastarbeiter mehr Kindergeld beanspruchen als Deutsche, weiß die Broschüre zu berichten, daß ausländische Arbeitnehmer etwa für 2,4 Kinder durchschnittlich Kindergeld erhalten, dieser Prozentsatz liegt nur unwesentlich über dem deutscher Kindergeldbezieher.
"Schließlich sollten wir uns der Tatsache bewußt sein, daß die Ausländischen Arbeitskräfte vor allem in der Branche der Eisen- und Metallerzeugung, der Grundstoffe verarbeitenden Industrie und der Bauwirtschaft tätig sind, also in Bereichen..., wo bekanntlich nicht gerade die angenehmsten Arbeitsbedingungen gegeben sind." (S. 10)

Die Erkenntnis, daß ausländische Arbeitskräfte aufgrund der katastrophalen Bedingungen in den Heimatländern bei uns dazu benutzt werden, den Lohn zu drücken, versucht die Broschüre auf ihre Art zu bagatellisieren:"Wenn es auch bei überschäumender Wirtschaft eventuell sinnvoll sein kann, von einer Lohnerhöhung abzusehen, so sollten die Gastarbeiter aber keinesfalls als Lohnstoppmethode verwendet werden ... "(S.11) Auch die Sorge, daß in Krisensituationen das Kapital die deutschen und ausländischen Arbeiter gegeneinander ausspielen kann, wird 'sorgfältig abgewogen':"Eine Krise kommt bekanntlich nicht über Nacht; sie zeichnet sich in irgendeiner Form bereits vorher ab."(S.13) "Durch eine rechtzeitige Regulierung der Neuanwerbung von Gastarbeitern (gemeint ist hier, daß die Arbeitsverträge für ausländische Arbeiter, die in der Regel für ein Jahr abgeschlossen werden, nicht verlängert werden, d.R.) läßt es sich in einer wirtschaftlichen Krisensituation unter Umständen vermeiden, daß deutsche Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz verlieren. Ohne die Beschäftigung von Gastarbeitern wäre eine solche ausgleichende Maßnahme überhaupt nicht möglich." (S.14)
Die Verfasser des Sonderdrucks hatten offenbar selbst Zweifel, daß es dem deutschen Arbeiter Trost genug ist, seinen Arbeitsplatz erst nach dem ausländischen Kollegen zu verlieren. Deshalb schilderten sie ausführlich die 'Vorteile' "In einer Zeit des wirtschaftlichen Booms, wo allgemein ein Mangel an Arbeitskräften besteht, steigern einige Firmen die Löhne, um auf diese Weise Arbeitskräfte von anderen Firmen wegzulocken ... . In einer solchen Situation kann ein Gastarbeiter aber ein verhältnismäßig günstiges Angebot nicht annehmen, da er vertragsmäßig ja noch an seine Firma gebunden ist." (S.13) Es fehlt nur noch der Hinweis, der deutsche Arbeiter möge für den Fall seiner Arbeitslosigkeit getrost 'Rücklagen' bilden.
Den moralischen Zeigefinger erhebend, fahren die Autoren fort: "Nun ist es aber ein durchaus sehr einseitiger Gesichtspunkt, wenn wir uns immer nur fragen würden, welchen wirtschaftlichen Nutzen uns die Gastarbeiter bringen, und zwar unmittelbar. Die Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern hat auch indirekte Folgen für uns, die vielleicht sogar noch viel wichtiger sind, als alles das, was wir bisher besprochen haben." (S.15)

Es folgt ein Exkurs über die internationale Verflechtung der Wirtschaft und die zunehmende Abhängigkeit der sogenannten Industrienationen im Verhältnis zueinander. Dem folgt ein Hinweis auf die europäische Gemeinschaft, hier "wird ja der Versuch gemacht, die gegenseitige Verflochtenheit so zu gestalten, daß für alle der Gemeinschaft angehörenden Partner das beste herauskommt. Wir wollen ein vereintes Europa. Das heißt, daß wir auch europäisch denken und handeln müssen ...,an einem gemeinsamen Strang ziehen." (S. 20) Nicht der leiseste Hinweis, in wessen Interesse gezogen wird, welcher Klasse das vereinigte Europa unter den vorgegebenen Bedingungen Vorteile bringt. Stattdessen lenken die Autoren den Blick des Lesers weit nach Süden: "Antonio verhilft seiner italienischen Schwester durch seine Überweisungen zu einer gewissen Aussteuer! Der Bruder des bei uns arbeitenden Griechen (kann) eine neue Ausrüstung für sein Fischerboot kaufen." (S.17)
Im letzten Drittel des Sonderdrucks werden dann die Vorurteile'angegangen', die das Verhältnis von Deutschen und ausländischen Arbeitskräften belasten.
Das gängige Urteil, "Gastarbeiter sind faul", wird nicht etwa daraufhin untersucht, wem derartige Vorurteile nützen, weshalb sie sich als unausrottbar erweisen, jedenfalls solange wie den Schöpfern und Restauratoren von Vorurteilen das Handwerk nicht gelegt wird, sondern damit entkräftet, daß es sogar schon zu Schwierigkeiten gekommen ist, weil Gastarbeiter nach ihrer Meinung nicht genügend Gelegenheit bekamen, Überstunden zu machen.
Schließlich wird der Leser daraufhingewiesen, daß Gastarbeiter nun einmal anders sind und daß dies leicht zu tolerieren sein sollte, wenn man an die eindeutigen Vorteile denkt, die uns die Tätigkeit ausländischer Arbeiter bringt, wie in nicht ermüdender Wiederholung von den Autoren aufgezeigt wird.
Insoweit muß die auf Seite 32 erhobene Aufforderung, mit Gastarbeitern zu reden, ihre Vorzüge kennenzulernen, ihre Schwierigkeiten zu verstehen, die Andersartigkeit zu akzeptieren usw., den Leser überfordern, der doch bis dahin immer wieder erfahren durfte, daß Gastarbeiter nur deshalb da sind, weil sie uns (uns?) Vorteile bringen, weshalb wir (wir?) sie auch nicht kurzerhand wieder nach Hause schicken.
Von den Autoren sicher nicht beabsichtigt, gewährt die Broschüre doch guten Einblick in die Problematik der ausländischen Arbeiter und in die Ursachen für ihre Misere.

Verantwortlich für den Inhalt:
Redaktionskollektiv , Eve Bösser
Anschrift der Redaktion: Sozialpädagogische Korrespondenz , 1 Berlin 12 , Kantstr. 71
Telephon (0311) 31 74 32

Die SPK erscheint etwa alle 2 Monate als Einzel- oder Doppelheft . Preis: Heft 1.-DM. Im Abonnement zuzüglich Versandkosten. Kontonr.: Postscheckkonto Berlin-West 1o 1o85 (Manfred Rabatsch- Sonderkonto).

Das Redaktionskollektiv bittet die Leser um Mitarbeit.

Druck: Agit-Druck, 1 Berlin 41, Ahornstr.26